

The logo for FOM, consisting of the letters 'FOM' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid black square.

**Hochschule
für Oekonomie & Management**
University of Applied Sciences

Arbeitspapier Nr. 17

**Die Einführung eines Mindestlohns in
Deutschland – Eine Makroökonomische Analyse**

**Introduction of a Minimum Wage in Germany –
A Macroeconomic Analysis**

Olaf H. Bode / Frank Brimmen / Ute Redeker

A photograph of a woman with short brown hair, wearing a dark blazer over a white top, standing with her arms crossed in a professional setting. The image is overlaid with a semi-transparent teal filter.

**Arbeitspapiere
der FOM**

Bode, Olaf H. / Brimmen, Frank / Redeker, Ute

Die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland – Eine Makro-
ökonomische Analyse

Introduction of a Minimum Wage in Germany – A Macroeconomic
Analysis

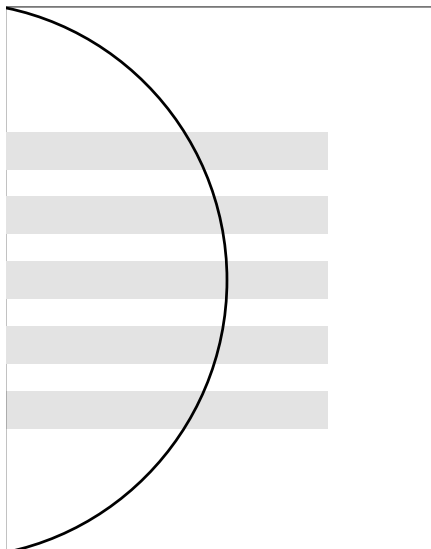
Arbeitspapier der FOM, Nr. 17

Essen 2010

ISSN 1865-5610

© 2010 by

**MA Akademie
Verlag**



MA Akademie Verlags-
und Druck-Gesellschaft mbH
Leimkugelstraße 6 · 45141 Essen
Fon 0201 81004-351
Fax 0201 81004-610

Kein Teil des Manuskriptes darf ohne
schriftliche Genehmigung in irgend-
einer Form – durch Fotokopie, Mikro-
film oder andere Verfahren – repro-
duziert werden. Auch die Rechte
der Wiedergabe durch Vortrag oder
ähnliche Wege bleiben vorbehalten.

ISSN 1865-5610

Vorwort

In der politischen Diskussion werden zahlreiche Instrumente zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Stabilisierung der Konjunktur kontrovers problematisiert. Der hier vorliegende Band 17 der FOM Arbeitspapiere greift das vor diesem Hintergrund stets aktuelle Thema eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes auf. Mit Bezug auf den Aufsatz ‚*Das Mindestlohnparadoxon*‘ von F. L. Sell und D. C. Reinisch analysieren die Autoren kritisch die ökonomischen Aspekte und Konsequenzen, die sich aus der Einführung eines Mindestlohns ergeben können.

Den Autoren gelingt es, dieses Thema sowohl theorisierend anhand eines makroökonomischen Vier-Quadranten-Modelles zum Arbeitsmarkt als auch wirtschaftspraxisbezogen mittels alternativer Szenarien zu den ökonomischen Auswirkungen und Abhängigkeiten eines Mindestlohns allgemein verständlich zu erörtern. Abschließend werden die Arbeitsergebnisse in den aktuellen europäischen Kontext gestellt und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Das Thema des Mindestlohnes ist in der internationalen wissenschaftlichen und politischen Diskussion von hoher Relevanz. Damit dieser Aufsatz einer breiten Leserschaft zugänglich gemacht werden kann, liegt er sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache vor. Die englische Version befindet sich hinter der deutschen Fassung ab Seite 19.

Prof. Dr. Sabine Fichtner-Rosada
FOM Hochschule für Oekonomie & Management
Wissenschaftliche Schriftenleitung

Essen, November 2010

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
1 Einleitung	1
2 Der Arbeitsmarkt	2
2.1 Dimensionen der Arbeitsmarktpolitik	2
2.2 Volkswirtschaftliches Arbeitsmarktmodell.....	6
3 Mindestlöhne.....	8
3.1 Mindestlöhne und Arbeitsmarkteffekte	8
3.2 Gesamtwirtschaftliche Aspekte einer Mindestlohneinführung	10
3.2.1 Das Modell.....	11
3.2.2 Ausgangssituation	12
3.2.3 Angebotsseitige Auswirkungen eines Mindestlohnes.....	13
3.2.4 Analyse der Nachfrageeffekte eines Mindestlohnes	14
3.2.5 Rationalisierungs- und Substitutionseffekte	15
4 Fazit.....	17
English version.....	19
Literaturverzeichnis / List of literature	40

Abbildungsverzeichnis

<i>Abb. 1 Dimensionen der Arbeitsmarktpolitik</i>	1
<i>Abb. 3 EU-Vergleich: Veränderung des Arbeitskostenindex in % (2005 - 2010)</i>	4
<i>Abb. 3 EU-Vergleich: Veränderung des Produktionsindex* in PP (12/09 - 05/10)</i>	4
<i>Abb. 4 Anomale Angebotsfunktion auf dem Arbeitsmarkt</i>	6
<i>Abb. 5 Mindestlohn und Arbeitslosigkeit</i>	8
<i>Abb. 6 Ausgangspunkt der makroökonomischen Analyse</i>	12
<i>Abb. 7 Angebotsseitige Auswirkungen eines Mindestlohnes</i>	13
<i>Abb. 8 Nachfrageseitige Effekte eines Mindestlohnes</i>	14
<i>Abb. 9 Substitutions- und Rationalisierungseffekte infolge einer Mindestlohneinführung</i>	16
<i>Abb. 10 Vergleichender Preisniveauindex mit EU 27=100</i>	17

Abkürzungsverzeichnis

C	Konsum der privaten Haushalte
c. p.	ceteris paribus
ES	Spanien (von der EU verwendete Länderabkürzung)
Ex	Exporte
G	Staatsverbrauch bzw. Staatskonsum
GR	Griechenland (von der EU verwendete Länderabkürzung)
I	Investitionen
ifo	Institut für Wirtschaftsforschung
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft
Im	Importe
K	Kapitalstock bzw. Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft
LU	Luxemburg (von der EU verwendete Länderabkürzung)
M	Geldmenge
M ^S	Geldangebot
N ^D	aggregierte Arbeitsnachfrage der Unternehmen
N ^S	aggregiertes Arbeitsangebot der privaten Haushalte
NX	Außenbeitrag bzw. Nettoexporte
P	Preisniveau
PP	Prozentpunkte
Q	Bruttogewinn (nominal)
r	Marktzins
r*	interner Zinsfuß einer Investition
SI	Slowenien (von der EU verwendete Länderabkürzung)
SK	Slowakei (von der EU verwendete Länderabkürzung)
T	Steuern
w	Nominallohn
$\frac{w}{P}$	Reallohn
Y	Inlandsprodukt, Volkseinkommen
Y ^D	aggregierte, gesamtwirtschaftliche Nachfrage
Y ^{Pot.}	potentielles Inlandsprodukt
Y ^S	aggregiertes, gesamtwirtschaftliches Angebot

1 Einleitung

Seit einigen Jahren ist die Diskussion um die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes fester Bestandteil in der politischen Auseinandersetzung. Die Debatte wird durchaus kontrovers diskutiert, wobei eine Mehrheit der Bevölkerung einen gesetzlichen Mindestlohn begrüßen würde. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichte Anfang 2010 eine Studie, die belegt, dass sich ca. 70 % der Bevölkerung für einen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen.¹ Auch Michael Hüther, der Direktor des IW (Instituts der deutschen Wirtschaft) in Köln, konstatiert, „Die Realität heißt Mindestlohn.“²

Der vorliegende Artikel konzentriert sich auf die ökonomischen Aspekte einer Mindestlohneinführung. Diese Analyse nutzt ein makroökonomisches Vier-Quadranten-Modell, um wirtschaftliche Auswirkungen eines neu eingeführten Mindestlohnes zu veranschaulichen (siehe Kapitel 3). Es wird ausdrücklich ein positiver Effekt auf die Nachfrage der privaten Haushalte unterstellt, der von vielen Mindestlohnbefürwortern als Argument angeführt wird. Das verwendete Modell lehnt sich dabei an den Aufsatz ‚*Das Mindestlohnparadoxon*‘ von F. L. Sell und D. C. Reinisch an. Allerdings ist das Modell etwas abgewandelt und durch Rationalisierungs- und Substitutionseffekte erweitert worden.

Um den Leser die komplexe Thematik näher zu bringen, wird im nachfolgenden Kapitel zunächst ein knapper Überblick über den Arbeitsmarkt und das volkswirtschaftliche Arbeitsmarktmodell gegeben. Den Abschluss dieses Aufsatzes bildet das Fazit im vierten Kapitel.

¹ Vgl. Hans Böckler Stiftung (2010), letzter Zugriff 27.07.2010.

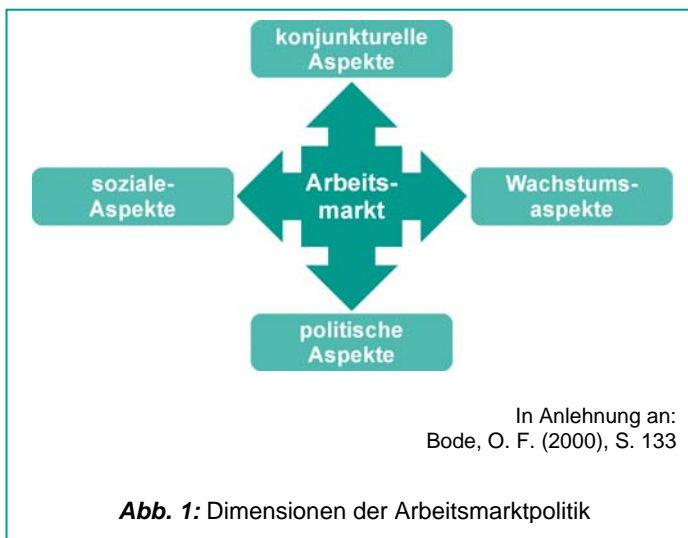
² Hüther, M. (2010), letzter Zugriff 20.07.2010.

2 Der Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist ein ganz besonderer Markt. Schon die Tatsache, dass es sich um einen Faktormarkt handelt und er daher mit den anderen Märkten aufs Engste verflochten ist, sorgt für eine exponierte Stellung. Im Folgenden sollen unterschiedliche Aspekte, die für den Arbeitsmarkt und damit für die Arbeitsmarktpolitik von Belang sind, charakterisiert werden. In einem zweiten Schritt wird die Besonderheit von theoretischen Arbeitsmarktmodellen kurz umrissen.

2.1 Dimensionen der Arbeitsmarktpolitik

Gesamtwirtschaftlich gesehen können vom Arbeitsmarkt sowohl Wachstums- als auch Konjunkturimpulse ausgehen. Daneben hat Arbeit auch eine soziale und eine politische Komponente.³



Ein überregulierter Arbeitsmarkt kann negative Effekte auf das **Wirtschaftswachstum** haben. Gesetze, wie beispielsweise Kündigungsschutzregelungen, die die Arbeitnehmer schützen sollen, können auf der anderen Seite Unternehmen daran hindern, bei zunehmenden Auftragseingängen, neue Arbeitnehmer einzustellen. Hier gilt es von Seiten der Politik, eine gute Balance zwischen den Arbeitnehmerrechten und -

interessen auf der einen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes auf der anderen Seite zu finden.⁴

Die **konjunkturellen Aspekte** der Arbeit liegen auf der Hand. Arbeitslosigkeit bedeutet, dass Produktionspotential der Wirtschaft brachliegt. Konjunkturelle Schwächephasen werden so definiert, dass das Produktionspotential einer Wirtschaft zu einem Großteil nicht ausgeschöpft wird bzw. Y^{Pot} und Y weit auseinander liegen. Daneben dient Arbeit zur Generierung von Einkommen. Ein hoher Beschäftigungsstand bedeutet somit ein hohes gesamtwirtschaftliches Einkommen und damit eine potentiell hohe Nachfrage.⁵

³ Vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), S. 138.

⁴ Vgl. ebd., S. 138 f.

⁵ Vgl. Bode, O. F. (2000), S. 132.

Der **soziale Aspekt** beruht darauf, dass Arbeit nicht nur mit Einkommenserwerb gleichzusetzen ist. Für viele Arbeitnehmer ist Arbeit auch eine Form der Selbstverwirklichung und der Selbstbestätigung. Studien der Glücksforschung haben ergeben, dass die

„...seelischen Folgen eines Arbeitsplatzverlustes [...] von Ökonomen bislang stark unterschätzt“ (Bruno Frey)⁶

wurden. Das persönliche Glücksempfinden eines Individuums wird maßgeblich davon beeinflusst, ob diese Person eine Beschäftigung hat oder nicht. Je mehr Personen arbeitslos sind, desto unglücklicher ist die Gesamtgesellschaft. Dies kann zu Demotivation und sogar zu Arbeitsplatzangst in Teilen der Bevölkerung führen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Daraus ergeben sich wiederum Konsumzurückhaltung und eine Erhöhung der Sparquote sowie ein Rückgang des Inlandsproduktes.⁷

Es gibt aber auch Untersuchungen, die von einer umgekehrten Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen persönlichem Glücksempfinden und Arbeitslosigkeit ausgehen. So gibt es durchaus Anzeichen dafür, dass unglückliche Personen am Arbeitsplatz und am Arbeitsmarkt negativer wahrgenommen werden als glückliche Personen, so dass unglückliche Menschen schneller ihre Arbeit verlieren und es schwerer haben, eine neue Anstellung zu finden.⁸

Das Anspruchsniveau von Personen hängt maßgeblich vom Umfeld ab. Menschen neigen dazu, sich mit dem Umfeld zu vergleichen. Dies führt dazu, dass in reichen Nationen die Grundversorgung viel weiter definiert wird als in ärmeren Ländern.⁹ Auf den deutschen Arbeitsmarkt übertragen bedeutet dies, dass es somit zu einer deutschen Definition kommt, was als angemessen zu betrachten ist und was nicht. Dies gilt für die Lohnhöhe aber auch für die Arbeitsbedingungen, etc.

Obwohl dieser Aspekt stark national ausgerichtet ist, hat er natürlich auch internationale Auswirkungen. Dies gilt im besonderen Maße für Deutschland als eines der größten Exportnationen. Die in Deutschland gesetzten Arbeitsmarktstandards beeinflussen die Preise deutscher Exportgüter und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Güter, deutscher Unternehmen und Deutschland als Ganzes.

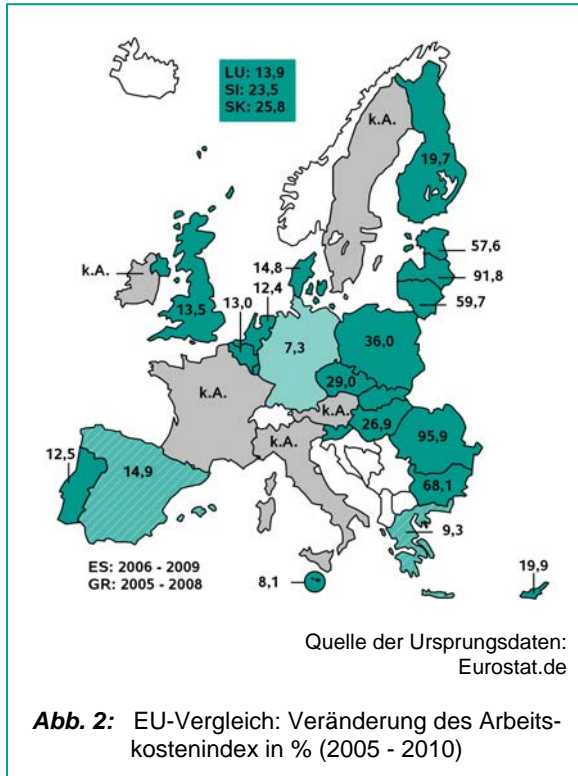
⁶ Frey, B. (2005), S. 18.

⁷ Vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), S. 139.

⁸ Vgl. hierzu ausführlicher: Winkelmann, L.; Winkelmann, R. (1998), S. 2.

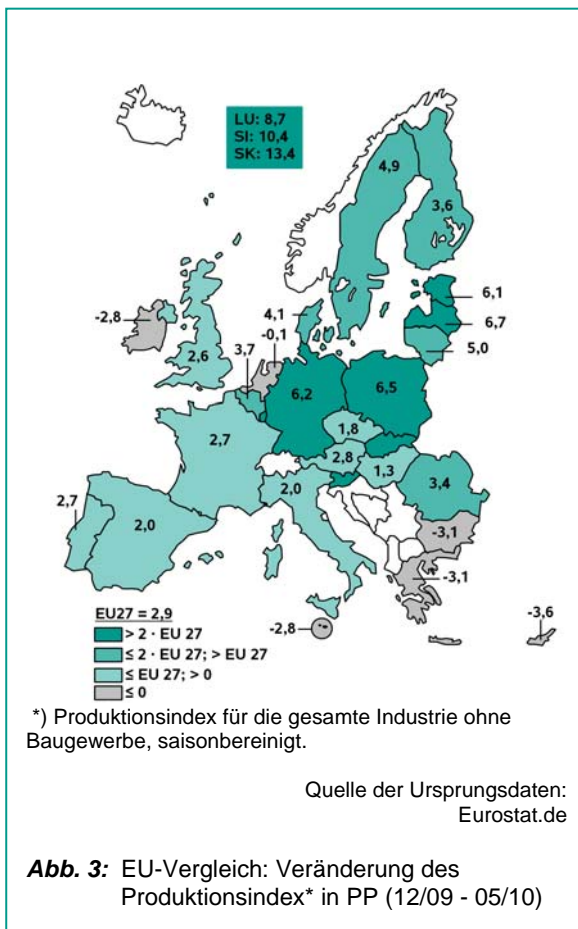
⁹ Vgl. Frey, B.; Stutzer, A. (2002), S. 411.

In den letzten Jahren gab es im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eine relative Lohnzurückhaltung. So erhöhte sich der Lohnkostenindex für Deutschland zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2010 lediglich um 7,3 %.



So erhöhte sich der Lohnkostenindex für Deutschland zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2010 lediglich um 7,3 %. [siehe hierzu: *Abb. 2: EU-Vergleich: Veränderung des Arbeitskostenindex in % (2005 - 2010).*] Dies ist der geringste Anstieg aller EU-Mitgliedsstaaten für die diese Statistik geführt wird. Lediglich Malta erreicht mit einer prozentualen Steigerung von 8,1 für diesen Zeitraum einen ähnlichen Wert.

Diese Lohnzurückhaltung der deutschen Arbeitnehmer kommt nun der deutschen Wirtschaft zugute. So ist die Industrieproduktion in Deutschland im Jahr 2010 kräftig gestiegen. Der saisonbereinigte Produktionsindex stieg für Deutschland von Januar bis Mai um 6,2 Prozentpunkte.



[siehe hierzu: *Abb. 3 EU-Vergleich: Veränderung des Produktionsindex* in PP (12/09 – 05/10).*]

Damit erhöhte sich der Index mehr als doppelt so stark wie der EU-Durchschnitt. Deutschland ist die einzige große EU-Volkswirtschaft, die ein so starkes Wachstum aufweisen kann. Die anderen EU-Mitglieder, die ebenfalls zu den G7-Staaten zählen, fallen mit ihren Werten (Großbritannien: 2,6 PP, Frankreich 2,7 PP und Italien 2,0 PP) gegenüber Deutschland deutlich ab.

Dieses kräftige Wachstum wird zu einem Großteil durch den Automobilexport nach China getragen. Die Automobilnachfrage ist in diesem Markt stark expansiv. Dabei hat das Wachstum in Deutschland auch positive Auswirkungen auf Polen, Tschechien und die Slowakei, da diese

Länder in der Automobilproduktion eng mit Deutschland vernetzt sind.¹⁰

Das Geschäftsklima hat sich in Deutschland rapide verbessert, Ausdruck hiervon ist die Erhöhung des Ifo-Geschäftsklimaindex von 101,8 (06/10) auf 106,2 (07/10) Punkten. Der Vorjahreswert lag sogar lediglich bei 92,1 (07/09) Punkten. Das Ifo (Institut für Wirtschaftsforschung) umschreibt den Zustand wie folgt: „*Die deutsche Wirtschaft ist wieder in Partylaune.*“¹¹ Die Deutsche Bundesbank wies in ihrem Monatsbericht vom Juli 2010 darauf hin, dass die stark angestiegene Industrieproduktion ihrerseits positive Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt hat. Das Beschäftigungsniveau ist im zweiten Quartal 2010 wiederum gestiegen, die Arbeitslosenquote sank auf 7,7 %.¹² Erste Prognosen gehen im Juli 2010 davon aus, dass sich in der Industrie ein wahrer Jobboom abzeichnet.¹³

Dieser Erfolg der deutschen Wirtschaft ruft in Frankreich starke Kritik hervor. Jüngst warf Christine Lagarde, die französische Finanzministerin, in einem Interview der Financial Times Deutschland Lohndumping vor. Deutschland sollte nach Meinung von Christine Lagarde dem europäischen Ungleichgewicht bei Exporten durch expansive Lohnpolitik entgegen:

*„Clearly Germany has done an awfully good job in the last 10 years or so, improving competitiveness, putting very high pressure on its labour costs. When you look at unit labour costs to Germany, they have done a tremendous job in that respect. I’m not sure it is a sustainable model for the long term and for the whole of the group. Clearly we need better convergence.“*¹⁴

Dieses Zitat führt zum **politischen Aspekt** des Arbeitsmarktes, denn Erfolge auf dem Arbeitsmarkt kommen der Regierung zugute und eine schlechte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird der Regierung angelastet. Es macht also aus Sicht der französischen Regierung politisch Sinn, die Schuld an der schlechteren wirtschaftlichen Lage Frankreichs auf den deutschen Nachbarn, der sich – aus französischer Sicht – unfair verhält, zu schieben.

Generell ist die Versuchung für Politiker groß, etwa aus wahltaktischen Gründen auf dem Arbeitsmarkt zu intervenieren. Hierzu gibt es eine Vielzahl von empirischen Beispielen. Solches Politikerverhalten ist Untersuchungsgegenstand der NPÖ (Neuen Politischen Ökonomie), auch unter Public Choice bekannt. Sie stellt eine Ausdehnung von ökonomischen Analysen auf das Gebiet der Politik dar. William D. Nordhaus entwickelte auf der Basis der NPÖ seine Theorie von politischen Konjunkturzyklen, die er erstmals 1975 veröffentlichte.¹⁵ Heute unterscheidet man zwei Arten von Modellen bewusst induzierter politischer Konjunkturzyklen. Steht das persönliche Wiederwahlinteresse der Politiker im Fokus, werden die politischen Konjunkturzyklen als opportunistisch bezeichnet. Verfolgen

¹⁰ Vgl. Financial Times Deutschland (2010a), S. 14.

¹¹ Ifo (2010), letzter Zugriff: 27.07.2010.

¹² Vgl. Bundesbank (2010), S. 5 ff.

¹³ Vgl. Financial Times Deutschland (2010b), S. 27.

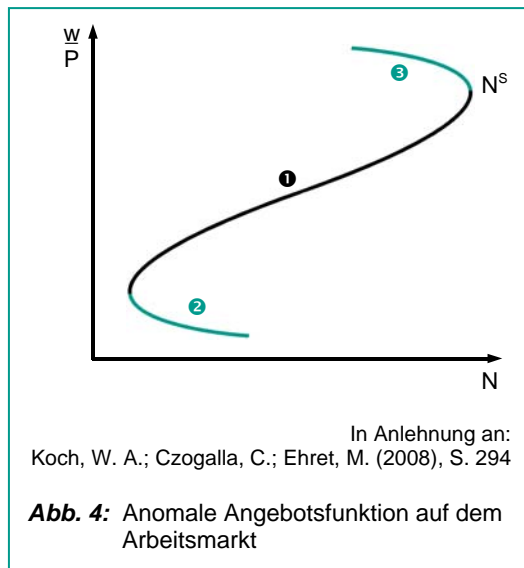
¹⁴ Lagarde, C. (2010), letzter Zugriff: 14.03.2010.

¹⁵ Vgl. hierzu ausführlich: Nordhaus, W. D. (1975), S. 169 ff.

die Politiker unabhängig von Wahlen parteipolitische Interessen, wird von ideologischen Konjunkturzyklen gesprochen.¹⁶

2.2 Volkswirtschaftliches Arbeitsmarktmodell

Es wurde gezeigt, dass auf dem Arbeitsmarkt eine Vielzahl von Aspekten zu berücksichtigen ist. Trotzdem bleibt der Arbeitsmarkt ein Markt, auf dem Angebot und Nachfrage aufeinander treffen. Allerdings weichen die theoretischen Arbeitsmarktmodelle von denen normaler Märkte ab.



Zunächst muss festgehalten werden, dass bei den Arbeitsmarktmodellen die Arbeitgeber die Nachfrageseite bilden, sie fragen Arbeitskräfte nach, während die Arbeitnehmer die Anbieter auf dem Arbeitsmarkt sind.¹⁷ Auf die Arbeitsnachfragefunktion der Arbeitnehmer muss hier nicht weiter eingegangen werden. Da sie negativ abhängig vom Preis der Arbeit, dem Reallohn, ist, verläuft sie entsprechend der üblichen Marktmodelle von links nach rechts fallend. Das bedeutet, mit steigendem Reallohn nimmt die Arbeitsnachfrage ab. Anders sieht dies bei der Arbeitsangebotsfunktion der

Arbeitnehmer aus, hier handelt es sich im Vergleich zu den Modellen von Gütermärkten um eine anomale Angebotsfunktion (N^S). Zur weiteren Erläuterung wird sie in drei Bereiche eingeteilt.¹⁸

❶ Auch das Arbeitsangebot ist von der relativen Vorteilhaftigkeit abhängig. Dies bedeutet, dass mit zunehmendem Reallohn Arbeit als vorteilhafter angesehen und somit verstärkt angeboten wird. In diesem Bereich - in der Zeichnung schwarz gekennzeichnet - verläuft die Arbeitsangebotsfunktion wie eine normale Angebotsfunktion auf einem Gütermarkt von links nach rechts steigend.¹⁹

❷ Im unteren Verlauf der Angebotsfunktion weicht das Verhalten der Anbieterseite vollkommen vom üblichen Anbieterverhalten ab, die Funktion verläuft anomal. Die Arbeitnehmer sind i. d. R. abhängig davon, auf dem Arbeitsmarkt ein Einkommen zu erzielen. Einkommensverluste durch sinkende Löhne können von der weit überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer nicht durch Einkünfte, die durch die beiden anderen Produktionsfaktoren Kapital und Boden generiert werden, kompensiert werden. Dies führt zu dem Umstand, dass die Arbeitnehmer bei sinkenden Löhnen ab einem bestimmten Punkt beginnen, ihr Arbeitsangebot auszuweiten, um ihren Lebensstandard bzw. ihr Aus-

¹⁶ Vgl. Markwardt, G. (2008), S. 21 f.

¹⁷ Dies ist eine genaue Umkehr des üblichen Sprachgebrauchs. Normalerweise wird davon gesprochen, dass Arbeitgeber Arbeitsplätze anbieten.

¹⁸ Vgl. Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M. (2008), S. 293 f.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 293.

kommen zu sichern. Damit hat die Angebotsfunktion einen Ast, der einen Verlauf aufweist, wie er eigentlich für eine Nachfragefunktion typisch ist. Das Angebot wird also bei sinkenden Preisen erhöht und nicht, wie es üblich wäre, reduziert. Dies kann zu einem Unterbietungsprozess der Arbeitnehmer führen, was von der Nachfrageseite, den Arbeitgebern, ausgenutzt werden kann.²⁰ Dieser Ast der Angebotsfunktion wird häufig genutzt, um die Einführung von Mindestlöhnen theoretisch zu untermauern.²¹

Der Vollständigkeit halber soll hier auch der letzte Bereich (③) erläutert werden, dieser spielt aber für die Arbeitsmarktpolitik eine untergeordnete Rolle, weshalb er in vielen Marktmodellen gar nicht abgebildet wird. Dieser Verlauf der Arbeitsangebotsfunktion kann folgendermaßen erläutert werden. Die privaten Haushalte müssen ihre verfügbare Zeit zwischen Arbeitszeit und Freizeit aufteilen. Jede Arbeitszeitstunde bedeutet eine Stunde weniger Freizeit. Es besteht somit ein Trade off zwischen Einkommenserzielung und Konsum einerseits und Freizeit andererseits.²² Mit steigender Arbeitszeit wird Freizeit somit aus Sicht der Arbeitnehmer immer wertvoller. Zudem nimmt der Nutzenzuwachs durch Einkommenssteigerungen immer weiter ab, so dass Arbeitnehmer, die bereits über ein hohes Einkommen verfügen, mit steigendem Reallohn ihr Arbeitsangebot nicht weiter ausdehnen sondern verringern.²³

²⁰ Vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), S. 86.

²¹ Vgl. Bode, O. F. (2000), S. 72 f.

²² Vgl. Burda, M. C.; Wyplosz, C. (2009), S. 133 f.

²³ Vgl. Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M. (2008), S. 293.

3 Mindestlöhne

Selbstverständlich ist die aktuelle Debatte über eine Mindestlohneinführung ebenfalls im Kontext des vorangegangenen Kapitels eingebettet. Auch in dieser Diskussion überlagern sich konjunkturelle, Wachstums-, soziale und politische Aspekte. Der Fokus soll im Folgenden aber auf die wirtschaftlichen Aspekte gerichtet sein. In einem ersten Schritt sollen zunächst die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt isoliert betrachtet werden. Danach erfolgt eine gesamtwirtschaftliche Analyse anhand eines 4-Quadranten-Schemas.

3.1 Mindestlöhne und Arbeitsmarkteffekte

Ein Mindestlohn ist mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nicht nur kompatibel, er wird von Walter Eucken, der die theoretische Basis der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung entwickelte, ausdrücklich gefordert. So schrieb Eucken: „... So bedarf es gewisser regulierender Prinzipien, deren Anwendung geboten ist, um die Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu erhalten.“²⁴ Als viertes regulierendes Prinzip fordert er Mindestpreise auf Märkten mit anomaler Angebotsfunktion, wobei er sich in seinen Ausführungen vornehmlich auf den Arbeitsmarkt bezieht.²⁵

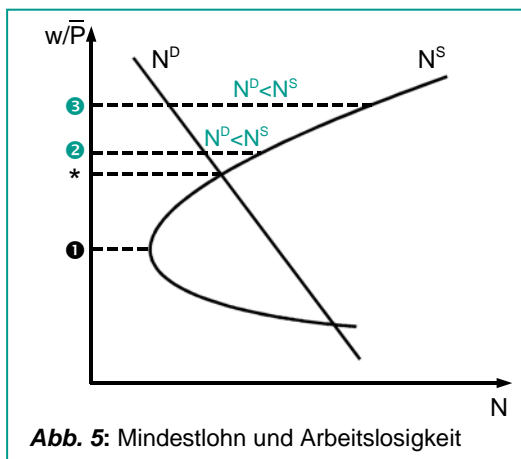


Abb. 5: Mindestlohn und Arbeitslosigkeit

Mindestlöhne sind Nominallohne. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber richten sich aber an den Reallohnen aus. Um die Komplexität zu reduzieren, wird bei den folgenden Ausführungen [siehe auch Abb. 5 Mindestlohn und Arbeitslosigkeit.] das Preisniveau konstant gehalten. Es gilt $P = \bar{P}$. Somit führen Nominallohnänderungen in der Darstellung immer auch zu entsprechenden Reallohnänderungen. In späteren Darstellungen wird diese Annahme fallengelassen.

Wird der Mindestlohn installiert, um den unteren anomalen Ast der Arbeitsangebotsfunktion auszuschalten, würde es ausreichen, wenn der Mindestlohn die Höhe $\textcircled{1}$ hat. Da der Unterbietungsprozess auf der Arbeitnehmerseite erst einsetzen würde, wenn der Reallohn unter diese Marke sinkt, wird verhindert, dass die Arbeitgeberseite eine Schmutzkonkurrenz unter den Arbeitnehmern zu eigenen Gunsten ausnutzen kann. In der Realität wäre es natürlich sehr schwierig, genau diese Höhe zu bestimmen. Allerdings wären unter c. p. (ceteris paribus) alle Mindestlöhne unkritisch, die zwischen dem Gleichgewichtspreis (in der Abbildung gekennzeichnet mit einem $*$) und einem Mindestlohn in Höhe von $\textcircled{1}$ liegen, wobei alle diese Mindestlöhne auch einen Unterbietungsprozess der Arbeitnehmer verhindern würden. Auf dem Markt würde sich bei diesen Mindestlöhnen immer der Gleichgewichtspreis einstellen.

²⁴ Eucken, W. (1952/90), S. 291.

²⁵ Vgl. ebd., S. 304.

Es ist aber wahrscheinlicher, dass ein Mindestlohn oberhalb des Gleichgewichtspreises taxiert wird. Hiervon kann ausgegangen werden, da in der aktuellen Diskussion ein Mindestlohn nicht gefordert wird, um einen Preiskampf auf der Arbeitnehmerseite zu verhindern, sondern weil die aktuellen Löhne als zu niedrig empfunden werden. Würde ein Mindestlohn die Höhe ② haben, wäre die Arbeitsnachfrage geringer als das Arbeitsangebot. Dieser Angebotsüberhang auf dem Arbeitsmarkt wird auch als Mindestlohn-arbeitslosigkeit bezeichnet.

Das Dilemma eines Mindestpreises auf dem Arbeitsmarkt besteht darin, dass er zwar die Arbeitnehmer vor Schmutzkonzurrenz bzw. vor einem Unterbietungsprozess untereinander schützt, er aber, wenn er zu hoch angesetzt wird, ursächlich für die Entstehung von Arbeitslosigkeit. Dabei gilt, je weiter ein Mindestlohn oberhalb des eigentlichen Marktpreises liegt, umso größer ist auch der Angebotsüberhang, der dadurch entsteht. Dies wird ersichtlich, wenn die Angebotsüberhänge bei den Mindestlöhnen ② und ③ miteinander verglichen werden.²⁶

Solche verteilungs- und sozialpolitisch motivierten Mindestlöhne lehnt Eucken strikt ab. Er konstatiert, dass eine Einkommensverteilung über den Marktmechanismus als „*ethisch-gleichgültigen Automatismus*“²⁷ zu Ergebnissen führt, die als ungerecht empfunden werden können. Dieser Verteilungsmechanismus ist aus seiner Sicht aber „*immer noch besser [...] als die Verteilung auf Grund willkürlicher Entscheidungen privater oder öffentlicher Machtkörper*“.²⁸

Eucken schlägt vor, die Primärverteilung, die sich auf den Märkten ergibt, nicht ex Ante durch Lohnsetzungen zu beeinflussen. Er zieht es vor, eine Primärverteilung, die nicht dem entspricht, was sozial wünschenswert ist, durch eine progressive Einkommenssteuer zu korrigieren.²⁹ Die Korrektur erfolgt somit erst nach der Entstehung der Markteinkommen. Anders als ein Mindestlohn, der oberhalb des Gleichgewichtspreises liegt, würde der Marktmechanismus nicht ausgehebelt werden. Flankiert wird die progressive Einkommenssteuer dadurch, dass Haushalte, die kein oder ein zu geringes Markteinkommen erzielen, staatliche Transfereinkommen beziehen. Diese Umverteilungspolitik führt dann zur sog. Sekundärverteilung.³⁰

Es ist aber auch fraglich, ob ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland überhaupt notwendig ist. Ein Abrutschen der Löhne in diesen Bereich wird durch den faktischen Mindestlohn, der durch die Sozialhilfe bzw. durch das Arbeitslosengeld II definiert wird, verhindert.³¹ Hans Werner Sinn umschreibt es so, dass der Sozialstaat quasi zu den privaten Unternehmen in Konkurrenz um gering qualifizierte Arbeitnehmer tritt. Dabei generiert der Staat dadurch, dass er für Nichtstun zahlt, Lohnansprüche, die von der

²⁶ Vgl. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), S. 86 f.

²⁷ Eucken, W. (1952/90), S. 300.

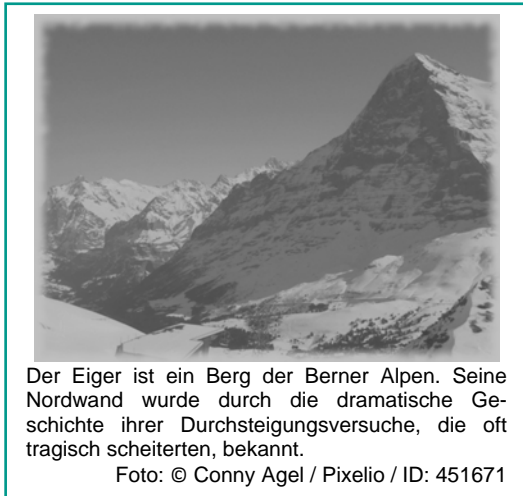
²⁸ Ebd., S. 300.

²⁹ Vgl. Cassel, D.; Kaiser, C. (2000), S. 85.

³⁰ Vgl. Bode, O. F. (2000), S. 69 f.

³¹ Vgl. Berthold, N.; Berchem, S. (2005), S. 11.

privaten Wirtschaft nicht bedient werden können.³² „Niemand arbeitet für weniger Geld, als der Staat unter der Bedingung, dass man nicht arbeitet, zur Verfügung stellt.“³³



Auch Entgelte, die gering oberhalb dieser Leistungen liegen, werden es schwer haben, von Arbeitnehmern akzeptiert zu werden, da dem nur geringen Einkommenszuwachs beträchtliche Nutzeneinbußen in Form vom sog. Arbeitsleid in Kombination mit erheblich geringerer Freizeit entgegen stehen. So stellt sich für viele potentielle Arbeitnehmer der Nettonutzen einer Beschäftigung auch dann als negativ dar, wenn der Lohn oberhalb der Sozialtransfers liegt. Sinn bezeichnet die Sozialhilfe bzw. das Arbeitslosengeld II daher

auch als eine Art „finanzielle Eiger Nordwand“, die für Unternehmen, die gering qualifizierte Arbeitnehmer beschäftigen möchten, nur sehr schwer zu bezwingen ist.³⁴

Werden nur die Arbeitsmarkteffekte isoliert betrachtet, so erscheint ein zusätzlicher gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland als nicht notwendig. Ein wichtiger Grund, der immer wieder von den Mindestlohnbefürwortern angebracht wird, ist, dass ein Mindestlohn positive Effekte auf die Konjunktur, auf Wachstum und Beschäftigung hätte. Zentrales Argument ist der erwartete Konsumanstieg, der durch die höheren Einkünfte der Geringverdiener induziert würde. Diese Argumentationskette soll im folgenden Kapitel mit einem üblichen 4-Quadranten-Schema überprüft werden.

3.2 Gesamtwirtschaftliche Aspekte einer Mindestlohneinführung

Im Folgenden sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Mindestlohneinführung dargelegt werden, wobei die Annahme der Befürworter, dass die Einführung eines Mindestlohnes zu einer Steigerung des privaten Konsums führt, in das Modell integriert wird. Dem Modell liegen nachfolgend angeführte Bedingungen zugrunde, wobei auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Gütermarkt von linearen funktionalen Zusammenhängen ausgegangen wird, was die grundsätzlichen Aussagen des Modells aber nicht beeinträchtigt.³⁵

³² Vgl. Sinn, H. W. (2006), letzter Zugriff: 20.07.2010.

³³ Sinn, H. W. (2008), letzter Zugriff: 20.07.2010.

³⁴ Vgl. ebd., letzter Zugriff: 20.07.2010.

³⁵ In weiten Teilen lehnt sich die folgende Analyse an den Aufsatz ‚Das Mindestlohnparadoxon‘ von F. L. Sell und D. C. Reinisch (2010) an, wobei das Modell etwas abgewandelt und um den zusätzlichen Aspekt von Rationalisierungs- und Substitutionseffekten erweitert wurde.

3.2.1 Das Modell

Das gesamtwirtschaftliche Angebot kann aus der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion (Y) und der neoklassischen Beschäftigungsfunktion (N) abgeleitet werden.

Die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion wird bezeichnet als $Y = Y(N, \bar{K})$, dabei steht die Abkürzung ,K' für den Kapitalstock bzw. die Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft. K wird als zumindest kurzfristig konstant angesehen.

Die neoklassische Beschäftigungsfunktion hat die Annahme, dass der Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft von der Höhe des Reallohnes abhängt, somit gilt $N = N(P, w)$, wobei sich aus dem Quotienten des Nominallohns (w) und des Preisniveaus (P) der Reallohn ergibt:

$$\text{Reallohn} = \frac{w}{P}$$

Werden die beiden Funktionen zur gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion kombiniert, so führt dies zu folgendem funktionalen Zusammenhang:

$$Y = Y^S = Y^S(N, \bar{K}) = Y^S(P, w, \bar{K}).$$

Die aggregierte gesamtwirtschaftliche Nachfragefunktion wird wie üblich definiert als:

$$Y^D = C + I + \bar{G} + (Ex - Im)$$

und ist somit von einer Vielzahl von Variablen abhängig. Der Staatsverbrauch (G) wird im Folgenden aber als autonom und konstant angesehen. Es gilt somit $G = \bar{G}$. Der Konsum der privaten Haushalte (C) teilt sich in den der Arbeitnehmerhaushalte und der Unternehmerhaushalte auf. Die Ausgangsgröße der Konsumausgaben der Arbeitnehmerhaushalte ist der nominale Bruttolohn, die der Unternehmerhaushalte bilden die Bruttogewinne (Q), wobei das Volkseinkommen (Y) die Summe aus nominalen Bruttolöhnen und nominalen Bruttogewinnen darstellt. Allerdings müssen die privaten Haushalte auch Steuern (T) entrichten, was zu folgendem Zwischenfazit führt:

$$Y = (Q + w); C = C(Y - T).$$

Weitere Größen, die den Konsum der privaten Haushalte mitbestimmen, sind das Preisniveau, die Geldmenge (M) und der Marktzins (r). Private Haushalte sind nicht nur Nachfrager auf dem Gütermarkt, sondern ebenfalls auf dem Geldmarkt. Die Geldmenge und der Marktzins haben über die Kassenhaltung der privaten Haushalte Auswirkungen auf deren Konsumverhalten. So führt ein attraktiver Marktzins zu einer erhöhten Sparquote und damit unter c. p. zu geringeren Konsumausgaben.

Es wird davon ausgegangen, dass das Geldangebot, die Geldmenge determiniert. Zudem gilt die Annahme, dass die Zentralbank das Geldangebot konstant hält. Somit bleibt auch die Geldmenge unverändert: $M^S = \bar{M}^S \Rightarrow M = \bar{M}$. Entscheidend ist daher die reale Geldmenge, die sich aus dem Zusammenspiel von Geldmenge und Preisniveau ergibt.

Die Investitionsausgaben der Unternehmen (I) werden ebenfalls vom Marktzins aber auch von den Renditeerwartungen der Unternehmen (r^*) bestimmt: $I = I(r, r^*)$. Der Außenbeitrag bzw. die Nettoexporte (NX) sind die Differenz zwischen Exporten (Ex) und Importen (Im): $NX = Ex - Im$.

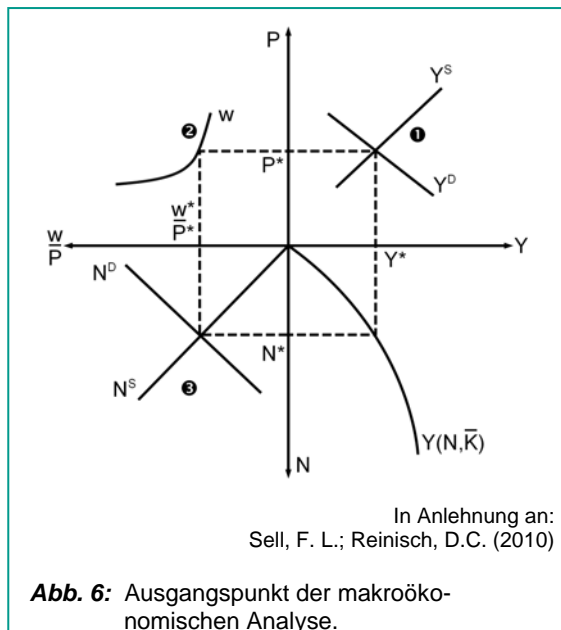
Werden die vorangegangenen Aussagen bzgl. der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zusammengeführt, führt dies zur folgenden Aussage: $Y^D = Y^D(C, w, Q, T, P, \bar{M}, r, I, r^*, \bar{G}, NX)$.

Die aggregierte Arbeitsnachfragefunktion (N^D) wird von der Höhe der Reallöhne und von der jeweiligen, kurzfristig konstanten Kapitalausstattung der Volkswirtschaft bestimmt. Das Arbeitsangebot der privaten Haushalte richtet sich am Reallohn aus, wobei im Folgenden nur der „normale“ Bereich der Arbeitsangebotsfunktion betrachtet werden soll. Die negative Abhängigkeit des Arbeitsangebotes von staatlichen Transferzahlungen an die privaten Haushalte (siehe Sinns Vergleich mit der Eiger-Nordwand) wird nicht weiter berücksichtigt: $N^D = N^D(w, P, \bar{K})$; $N^S = N^S(w, P)$.

3.2.2 Ausgangssituation

Es soll davon ausgegangen werden, dass sich zunächst die Volkswirtschaft auf allen drei Makromärkten – Gütermarkt, Geldmarkt, Arbeitsmarkt – im Gleichgewicht befindet.

Ausgangspunkt der Betrachtung soll der Gütermarkt (❶) sein. Der Gütermarkt ist geräumt. Im Schnittpunkt der gesamtwirtschaftlichen Angebots- und der gesamtwirtschaftlichen Nachfragefunktion bilden sich das Gleichgewichtspreisniveau und das Gleichgewichtsinlandsprodukt heraus.



(❷) Der Nominallohn (w) ist genauso hoch, dass er zu einem Gleichgewichtsreallohn führt. Dieser wiederum führt bei gegebenem Kapitalstock zu einer Markträumung auf dem Arbeitsmarkt (❸), also zu einem Beschäftigungsniveau N^* , bei dem es weder Arbeitslosigkeit noch Arbeitskräftemangel gibt.

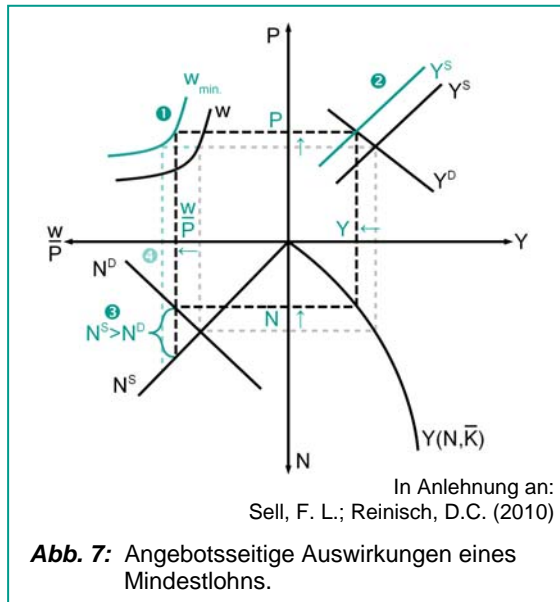
Das Geldmarktgleichgewicht ist grafisch nicht dargestellt, könnte aber leicht über ein IS-LM-Modell³⁶ hergeleitet werden. Da der Geldmarkt einem vollkommenen Markt mit unendlicher Anpassungsgeschwindigkeit nahe kommt, ist er in der Lage, auf Veränderungen auf den anderen Makromärkten

³⁶ Die IS-LM-Modelle visualisieren Simultangleichgewichte auf dem Güter- und dem Geldmarkt. Die IS-Kurve stellt dabei mögliche Gleichgewichte auf dem Gütermarkt dar, wobei I für Investitionen und S für Sparen steht. Die LM-Kurve zeigt Gleichgewichtssituationen auf dem Geldmarkt auf.

Hier entspricht Nachfrage nach Geld bzw. Liquidität (L) der angebotenen Geldmenge ($M = M^S$).

zu reagieren und findet rasch wieder ins Gleichgewicht. Impulse, die vom Geldmarkt durch ein verändertes Geldangebot ausgehen, werden in diesem Modell annahmegemäß ausgeblendet.

3.2.3 Angebotsseitige Auswirkungen eines Mindestlohnes



Wie schon zuvor erwähnt, ist ein Mindestlohn ein Mindestpreis auf dem Arbeitsmarkt. Der Sinn besteht darin, die Anbieterseite zu schützen. Um eine Wirkung entfalten zu können, muss ein Mindestpreis und somit auch der Mindestlohn oberhalb des Marktpreises liegen. Davon ist beim Mindestlohn auch auszugehen, da ein wichtiges Argument für den Mindestlohn ist, dass die aktuellen Marktpreise aber auch Tariflöhne als zu niedrig erachtet werden. Gerade dieser Umstand soll durch die Einführung eines Mindestlohnes behoben werden.

➊ Die Einführung eines Mindestlohnes, der oberhalb des aktuellen Gleichgewichtslohns liegt, würde zunächst die Iso-Nominallohnlinie vom Ursprung des Koordinatensystems weg nach links verschieben. Für die Unternehmen bedeutet diese Lohnerhöhung eine Kostensteigerung. Dies hat zur Folge, dass sie höhere Preise verlangen müssen. Auf dem Gütermarkt ➋ führt dies dazu, dass die Funktion des gesamtwirtschaftlichen Angebots (Y^S) nach oben verschoben wird. Es kommt somit zu einem neuen Gleichgewicht auf dem Gütermarkt, wobei gegenüber der Ausgangssituation (siehe hellgrau gestrichelte Linien) das Preisniveau ansteigt, das Inlandsprodukt aber abnimmt. Somit verschlechtert sich durch die Mindestlohneinführung die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen. Unterstellt man eine gewisse Preisträgheit der Angebotsseite, so werden diese Effekte mit einer gewissen Verzögerung einsetzen.

Das gestiegene Preisniveau hat den Effekt, dass die Erhöhung des Reallohnes geringer ausfällt als die Erhöhung des Nominallohns. Im dargestellten Fall kommt es aber trotzdem zu einer, wenn auch geringeren, Reallohnsteigerung. Auf dem Arbeitsmarkt hat der gestiegene Reallohn die Auswirkung, dass das Arbeitsangebot (N^S) größer ist als die Nachfrage nach der nun teureren Arbeit ➌. Da der Mindestlohn nicht unterschritten werden darf, kann kein Anpassungsprozess zwischen Arbeitsangebot und –nachfrage stattfinden. Es kommt zu einem Angebotsüberhang bzw. es entsteht Mindestlohnarbeitslosigkeit. Das Beschäftigungsniveau nimmt gegenüber der Ausgangssituation ab. Die Volkswirtschaft ist nicht ausgelastet, Ressourcen liegen brach.

➍ Ergänzend kann noch festgestellt werden, dass das höhere Preisniveau aus Sicht der Arbeitnehmer zwar einen negativen Einfluss auf den realen Einkommenseffekt des

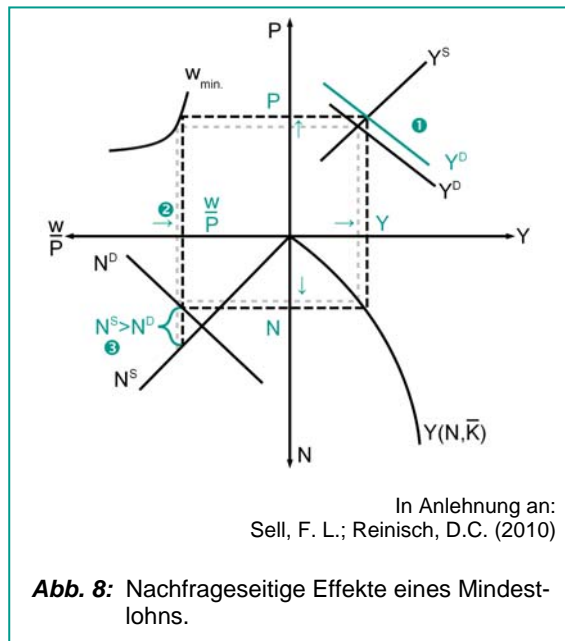
Mindestlohn hat, allerdings begrenzt es auch die Mindestlohnarbeitslosigkeit. Wäre der reale Lohnanstieg gleich dem nominalen, so würde die Mindestarbeitslosigkeit stärker ausfallen und das Beschäftigungsniveau würde noch weiter absinken.

Die volkswirtschaftliche Situation, so wie sie in der Grafik dargestellt ist, entspricht einem Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung.

Das bedeutet, zwei Makromärkte – der Gütermarkt und der Geldmarkt – befinden sich im Gleichgewicht, während auf dem dritten Makromarkt – dem Arbeitsmarkt – Angebot und Nachfrage auseinanderklaffen.

3.2.4 Analyse der Nachfrageeffekte eines Mindestlohnes

Im Folgenden soll nun dargestellt werden, wie sich die Ergebnisse verändern, wenn anstelle einer rein angebotsseitigen Analyse auch nachfrageseitige Effekte eines Mindestlohnes berücksichtigt werden. Dabei wird der Argumentation der Befürworter eines Mindestlohnes gefolgt. Es wird davon ausgegangen, dass der private Konsum nach der Mindestlohneinführung anzieht. Die Unternehmen werden dies antizipieren, weshalb auch die Investitionsgüternachfrage steigt. Etwaige Auswirkungen auf die NX-Komponente werden ausgeblendet.³⁷ Der staatliche Konsum wird auch weiterhin als autonom angesehen.



(1) Der zusätzliche Konsum führt unter c. p. dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (Y^D) vom Ursprung des Koordinatenkreuzes weg nach rechts verschoben wird. Im Vergleich zur rein angebotsseitigen Analyse (siehe hellgrau gestrichelte Linien) steigt das Preisniveau in der Volkswirtschaft noch weiter an. Bezogen auf die volkswirtschaftliche Ausgangssituation [siehe Abb. 6 Ausgangspunkt der makroökonomischen Analyse.] kommt es in der Addition von angebotsseitigen und nachfrageseitigen Effekten zu einer sehr starken Preisniveauerhöhung. Allerdings kommt es infolge des gestiegenen Konsums zu einem höheren

Inlandsprodukt als in der Betrachtung des vorangegangenen Kapitels. Im vorliegenden Fall liegt das Inlandsprodukt aber noch leicht unterhalb von Y^* .

³⁷ Die NX-Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage müsste abnehmen. Auf der einen Seite werden heimische Waren teurer und werden somit geringer im Ausland nachgefragt. Auf der anderen Seite werden auch die Importe steigen, da Teile der Konsumausgaben der privaten Haushalte auch für Importgüter aufgewendet werden. Die Mehrzahl bspw. der Spielwaren und der Textilien wird nicht in Deutschland produziert. Steigt zudem die Nachfrage nach Urlaubsreisen ins Ausland, entspräche dies einem Import von Dienstleistungen. In welchem Maße der Rückgang der NX-Komponente den Anstieg des privaten Konsums und der Investitionen kompensiert, wird hier nicht berücksichtigt. Es zeigt aber, dass eine Schwäche der Mindestlohnbefürworter ist, dass sie rein national argumentieren und die Globalisierung ausblenden.

(⊖) Der erneute Anstieg des Preisniveaus hat wiederum einen negativen Effekt auf die Reallöhne. Der Reallohneffekt der nominalen Lohnerhöhung nimmt weiter ab. In der Abbildung liegt der neue Reallohn nur noch knapp über dem Ausgangsniveau.

Der reduzierte Reallohn wirkt sich in Kombination mit dem Anstieg des Inlandsprodukts aber positiv auf die Beschäftigung in der Volkswirtschaft aus. Das Beschäftigungsniveau steigt gegenüber der rein angebotsseitigen Betrachtung und hat sich dem Gleichgewichtsniveau in der Ausgangssituation wieder angenähert. (⊖) Die Mindestlohnarbeitslosigkeit ist zudem gesunken. Das liegt daran, dass der Mindestlohn zwar nominal nicht unterboten werden darf, die Lohnhöhe durch die Preisniveauerhöhung jedoch real abgenommen hat.

Sell und *Reinisch* nennen dieses Phänomen das Mindestlohnparadoxon.³⁸ Es sagt folgendes aus: Je mehr der Konsum infolge einer Mindestlohneinführung steigt, desto geringer fällt der Reallohneffekt der nominalen Lohnerhöhung aus. Ein starker Konsumanstieg, so wie ihn die Befürworter eines Mindestlohnes vorhersagen, würde dazu führen, dass ein Großteil der realen Einkommenseffekte verpuffen würde.

Es ist daher fraglich, ob der angenommene expansive Konsum der privaten Haushalte wirklich von Dauer ist. Dies könnte nur begründet werden, falls die privaten Haushalte einer ausgeprägten Geldillusion unterlägen.

3.2.5 Rationalisierungs- und Substitutionseffekte

In der vorangegangenen Analyse wurde gezeigt, dass im Zusammenspiel von nachfrage- und angebotsseitigen Aspekten die Reallohneffekte einer Mindestlohneinführung durch den Anstieg des Preisniveaus sehr stark zurückgedrängt werden. Dies ist umso stärker der Fall, je mehr der private Konsum durch den Mindestlohn angekurbelt wird. Es ist daher durchaus fraglich, ob ein Mindestlohn die gewollte positive Wirkung auf die finanzielle Absicherung hat.

Es ist sogar durchaus möglich, dass ein Mindestlohn für die Arbeitnehmerschaft in Gänze negative Folgen hat. Dies wäre dann der Fall, wenn die Unternehmen Arbeit durch Kapital substituieren. Ein solches Szenario ist durchaus plausibel. Zum einen bewirkt die Mindestlohneinführung, dass der Faktor Arbeit zum Faktor Kapital relativ gesehen teurer wird. Zwar steigen durch die Erhöhung der Arbeitskosten auch die Herstellungskosten für neue Anlagen und das gestiegene Preisniveau betrifft auch Investitionsgüter, es ist aber nur schwer vorstellbar, dass sich Arbeit und Kapital in gleicher Weise verteuern.

Die Unternehmen könnten sich daher veranlasst sehen, auf kapitalintensivere Produktionsverfahren umzusteigen.

Ein spezieller Kostendruck betrifft zudem die Unternehmen, die sehr stark für ausländische Kundschaft produzieren. Der Mindestlohn würde die heimische Wirtschaft einseitig gegenüber der ausländischen Konkurrenz belasten. Exportorientierte Unternehmen

³⁸ Vgl. Sell, F. L.; Reinisch, D.C. (2010), S. 203.

4 Fazit

Im Sommer 2010 weisen immer mehr Indikatoren darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft nach der schweren weltweiten Wirtschaftskrise wieder erholen wird. Wichtige Indikatoren lassen vermuten, dass sich eine überraschend positive Entwicklung anbahnt, die wohl auch bald auf den Arbeitsmarkt durchschlägt.

Deutschland steht dabei im Vergleich zu vielen anderen EU-Staaten sehr gut da. Dies ist sicherlich zu einem Gutteil der relativen Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren geschuldet. Eine Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohnes könnte zur Folge haben, dass ein Teil der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verloren gehen würde.

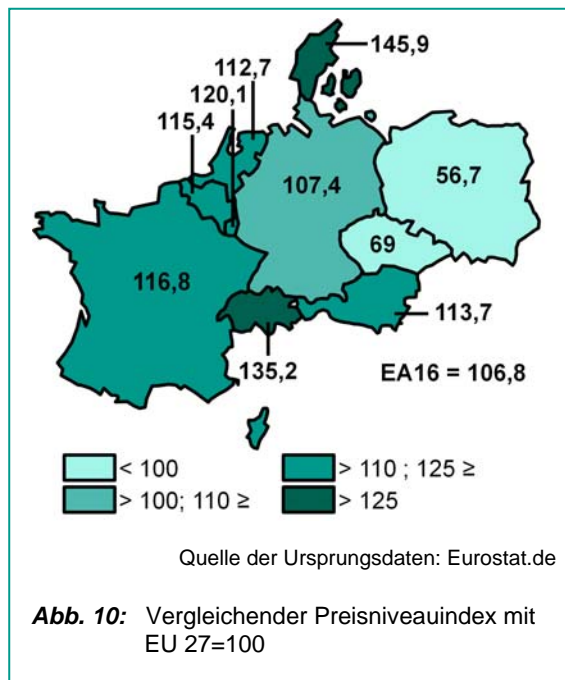


Abb. 10: Vergleichender Preisniveauiindex mit EU 27=100

Ein Blick auf Preisniveaus von Deutschland und seiner Nachbarstaaten zeigt, dass das deutsche Preisniveau mit einem Wert von 107,4 nur knapp oberhalb des Durchschnitts im Euroraum liegt. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten, die zu den alten westlichen Industrienationen zählen, ist das Preisniveau z. T. sehr niedrig. Verglichen mit den Werten der ehemaligen Transformationsstaaten Polen und Tschechische Republik ist es aber sehr hoch. Eine mit der Mindestlohneinführung einhergehende Preisniveauserhöhung würde die deutsche Wirtschaft wahrscheinlich asymmetrisch treffen. Die ostdeutschen Bundesländer würden aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Polen

und Tschechien stärker beeinträchtigt werden als die westdeutschen Bundesländer.

Ein moderater Mindestlohn wäre unkritisch, wenn er lediglich dazu führt, dass der anomale Ast der Arbeitsangebotsfunktion nicht greifen kann. Solch ein Mindestlohn würde den Marktmechanismus nicht oder kaum beeinträchtigen, er würde ein Absinken der Löhne verhindern. Die Gefahr, dass das Lohnniveau weiter absinken kann, ist durchaus gegeben. Im Zuge der ersten EU-Osterweiterung wurde die Freizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer eingeschränkt. Im Mai 2011 läuft diese Regelung jedoch aus, so dass auch die Arbeitnehmer bspw. aus Polen ab dem Zeitpunkt die volle Freizügigkeit genießen.

Besonders innerhalb der Zeitarbeitsbranche besteht die Befürchtung, dass polnische Konkurrenten die deutschen Firmen unterbieten könnten.³⁹ Da die Zeitarbeitsbranche mit anderen Branchen eng verzahnt ist, könnte dies zu einem allgemeinen Absinken des Lohnniveaus führen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde dies unterbinden.

³⁹ Vgl. Financial Times Deutschland (2010c), S.11.

Zwar hat die soziale Absicherung den Charakter einer faktischen Preisuntergrenze auf dem Arbeitsmarkt, dies gilt aber nur für deutsche Arbeitnehmer und somit für deutsche Unternehmen. Osteuropäische Konkurrenten sind davon nicht betroffen. Zudem würde ein Mindestlohn – und das scheint ein besonders wichtiger Grund zu sein – einen starken symbolischen Charakter haben. Es „besteht die reale Gefahr, dass aus wahltaktischen Gründen der Mindestlohn zu hoch und damit beschäftigungsfeindlich festgesetzt wird“.⁴⁰ Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die Folge eines solchen Mindestlohnes. „Kaum jemand wird bestreiten, dass der Mindestlohn in Frankreich [...] zu hoch festgesetzt wurde und eine wichtige Ursache namentlich für die hohe Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren ist.“⁴¹ Auch die im Vergleich zu Deutschland schlechte gesamtwirtschaftliche Lage ist sicherlich darauf zurück zu führen. Die gesamtwirtschaftliche Analyse in einem 4-Quadranten-Schema hat zudem gezeigt, dass auch das Argument, ein (relativ hoher) Mindestlohn würde zu einem Konsumanstieg und damit zu mehr Beschäftigung und Wachstum führen, nicht stichhaltig ist. Selbst wenn es zu einem Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte kommen sollte, würde ein Großteil dieses Reallohneffekts durch Preisniveausteigerungen verpuffen. Was bliebe, wäre ein höheres Preisniveau und der Anstieg der Arbeitslosigkeit durch einsetzende Rationalisierungs- und Substitutionseffekte. In einem solchen Umfeld wäre auch die Annahme einer Konsumzunahme kaum haltbar. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass nach einiger Zeit die privaten Haushalte ihren Konsum wieder zurückfahren werden. Ein selbsttragender positiver Effekt erscheint demnach nicht plausibel.

Es bleibt festzuhalten, dass der Ausspruch ‚Autos kaufen keine Autos‘ zwar richtig ist, es ist aber töricht zu ignorieren, dass jeder Beschäftigte die Kosten seines Arbeitsplatzes durch seine Produktivität erwirtschaften muss. Ein zu hoher Mindestlohn und sei er noch so wünschenswert wird letztlich sehr negative Folgen haben.

Es scheint daher geboten, einen anderen Weg zu finden, um unerwünschte Effekte von Niedriglöhnen zu kompensieren. Ein moderater Mindestlohn flankiert mit einem Kombi-lohnmodell, so wie es in Großbritannien vorzufinden ist, erscheint als eine gangbare Lösung.

⁴⁰ Rürup, B. (2008), S. 7.

⁴¹ Ebd., S. 6.

Table of contents

List of illustrations..... 20

List of abbreviations 21

1 Introduction 22

2 The labour market..... 23

 2.1 Dimensions of the labour market 23

 2.2 Economics labour market model 27

3 Minimum wages 29

 3.1 Minimum wages and its effects on the labour market..... 29

 3.2 Macroeconomic aspects of a minimum wage introduction 31

 3.2.1 The model..... 32

 3.2.2 Initial Situation 33

 3.2.3 Supply side effects of a minimum wage 34

 3.2.4 Analysis of the demand side effects of a minimum wage 35

 3.2.5 Rationalization- and substitution effects 36

4 Conclusion 38

Literaturverzeichnis / List of literature 40

List of illustrations

Illustration 1 Dimensions of the labour market policy..... 23

Illustration 3 EU comparison: Changes of the labour cost index in % (2005 - 2010)..... 25

Illustration 3 EU comparison: Changes of the production index in PP (12/09 - 05/10)*..... 25

Illustration 4 Abnormal supply function on the labour market 27

Illustration 5 Minimum wage and unemployment..... 29

Illustration 6 Starting point of the macroeconomic analysis. 33

Illustration 7 Supply side impacts of a minimum wage..... 34

Illustration 8 Demand side impacts of a minimum wage..... 35

Illustration 9 Substitution and rationalization effects after a minimum wage introduction 37

Illustration 10 Comparative price level index (EU27=100)..... 38

List of abbreviations

C	Consumption of private households
c. p.	ceteris paribus
ES	Spain (official EU abbreviation)
Ex	Exports
G	Public consumption
GDP	Gross Domestic Product
GR	Greece (official EU abbreviation)
I	Investments
Ibid.	Ibidem
Ifo	Institut für Wirtschaftsforschung (Institute for economic research)
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft
Im	Imports
K	Capital stock respectively capital endowment of an economy
L	Liquidity
LU	Luxemburg (official EU abbreviation)
M	Amount of money
M ^S	Money supply,
N ^D	aggregated demand for labour of the companies
N ^S	aggregated labour supply of the private households
NX	Net export
P	Price level
PP	Percentage point
Q	Gross margin (nominal)
r	Market rate of interest
r*	internal interest factor of an investment
SI	Slowenia (official EU abbreviation)
SK	Slowakia (official EU abbreviation)
T	taxes
w	Nominal wages
$\frac{w}{P}$	real wage
Y	National income
YD	aggregate demand
Y ^{Pot.}	potential national income
Y ^S	aggregate, national supply

1 Introduction

For some years the discussion about the introduction of a nationwide minimum wage has been an integral part in the political discussion. The debate is discussed controversially, in which a majority of the population would welcome a legal minimum wage. The trade union associated Hans Böckler foundation published a study at the beginning of 2010 which illustrates that 70 per cent of the population argues for a legal minimum wage.⁴² Also Michael Hüther, the director of the IW (Institut der deutschen Wirtschaft) in Cologne, states, "The reality is called minimum wage."⁴³

The present article concentrates on the economic aspects of a minimum wage introduction. This analysis uses a macroeconomic four quadrant model to illustrate economic consequences of a newly established minimum wage (see chapter 3). A positive effect which is given as an argument by many minimum wage supporters particularly is assumed for the demand of the private households. The used model is based on the essay "*Das Mindestlohnparadoxon*" of F. L. Sell and D. C. Reinisch. However, the model is modified and expanded by rationalization and substitution effects.

In order to offer a better understanding of the complex topic to the reader at first a short summary of the labour as well as the economic labour market model is given in the following chapter. This essay ends with the conclusion in the fourth chapter.

⁴² Cp. Hans Böckler Stiftung (2010), last access: 27.07.2010.

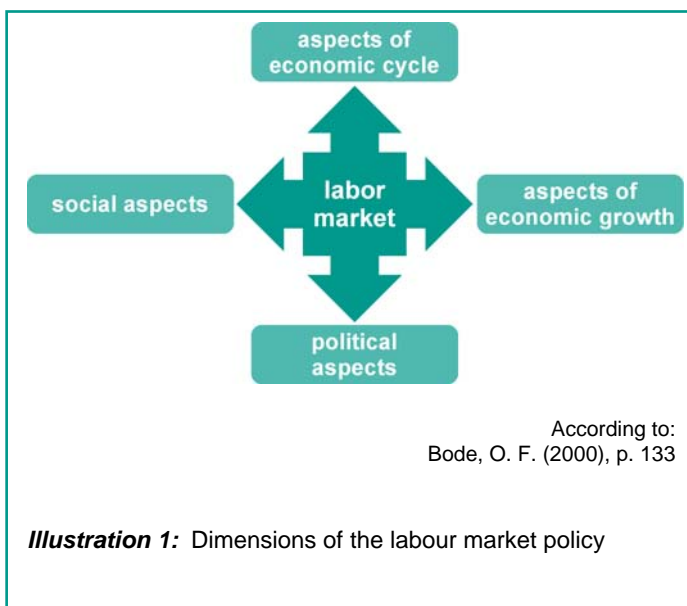
⁴³ Hüther, M. (2010), last access: 20.07.2010, German cit. translated into English language.

2 The labour market

The labour market is a very special market. Due to the fact that the labour market is a factor market and which is therefore closely connected with the other markets, its exposed position can be argued. The following illustrates the different aspects of the labour market and the labour market policy. In a second step, the specific characteristics of theoretical labour market models are outlined briefly.

2.1 Dimensions of the labour market

From a macroeconomic perspective there can be growth as well as cyclical impulses emanated from the labour market. Besides that, labour has a social and a political component.⁴⁴



An over-regulated labour market may have negative effects on **economic growth**. Laws, such as the legislation for dismissal protection are designed to protect employees. However it can restrain companies in recruiting new employees in case of increasing orders.

In this case, politics have to create a good balance between employee rights and their interests as well as the requirements of the labour market.⁴⁵

The **business cycle aspects** of labour are obvious. Unemployment means that productive capacity of the economy lies idle. Cyclical downturns are defined as situation in which the production potential of an economy is not fully tapped, or that Y^{Pot} and Y differ vastly. In addition, labour generates income. A high level of employment means that there is a high macroeconomic income and thus a potentially high demand.⁴⁶ The **social aspect** of labour is that labour does not only represent the acquisition and generation of income. For many workers, labour is also a form of self-realization and self-affirmation. Researches on happiness have shown that the "... *psychological consequences of job loss [have] been severely underestimated by economists ...*" (Bruno Frey)⁴⁷

The personal happiness of an individual is significantly influenced by the fact of having a job or not. The more people are unemployed, the more unfortunate the total society is. This can lead to a poor motivation and even to job worries in part of the population that is

⁴⁴ Cp. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), p. 138.

⁴⁵ Cp. *ibid.*, p. 138.

⁴⁶ Cp. Bode, O. F. (2000), p. 132.

⁴⁷ Frey, B. (2005), p. 18, German cit. translated into English language.

employed. This results in decreasing consumer spending, thus an increase of the savings rate as well as a decline in GDP (Gross Domestic Product).⁴⁸

But there are also studies that emanate a reverse of the cause and effect relationship between personal happiness and unemployment. There are certainly evidences which show that unhappy employed people and unhappy job seekers are perceived more negatively than happy people. Therefore unhappy people tend to lose their jobs faster and it is even more complicated for them to find a new job.⁴⁹

The individual aspiration level of a person depends primarily on one's environment. People tend to compare themselves with people of their environment. This leads to the conclusion that in contrast to poor countries, wealthy nations have a more comprehensively defined standard of basic services (such as health care etc.).⁵⁰ Applied to the German labour market, this means that there has to be a German definition of what is considered to be appropriate and what is not. Such definitions have also to be made for wage levels and for labour conditions.

Although this aspect has a strong national perspective, it also has international implications. Particularly Germany is a good example for its international implications due to its role as one of the largest export nations. In Germany the labour standards affect the prices of German exports and thus the international competitiveness of German goods, German companies as well as Germany as a whole.

In recent years there has been relative wage restraints compared to other European countries. Therefore the wage index in Germany increased between the years 2005 and 2010 by only 7.3 %. [See: *Illustration 2 EU comparison, Change in labour cost index in % (2005-2010)*] This represents the best value of all EU Member States for which these statistics are carried out. Only Malta with a percentage increase of 8.1 for the same period achieved a similar value.

⁴⁸ Cp. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), p. 139.

⁴⁹ Cp. for more information: Winkelmann, L.; Winkelmann, R. (1998), p. 2.

⁵⁰ Cp. Frey, B.; Stutzer, A. (2002), p. 411.

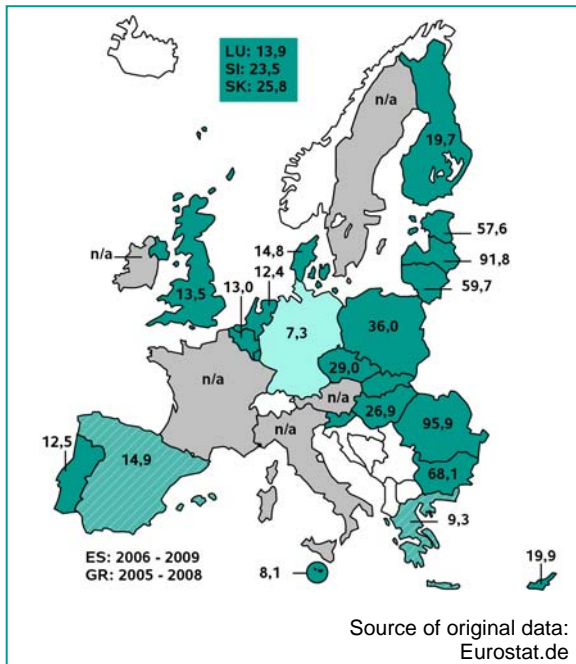


Illustration 2: EU comparison: Changes of the labour cost index in % (2005 - 2010)

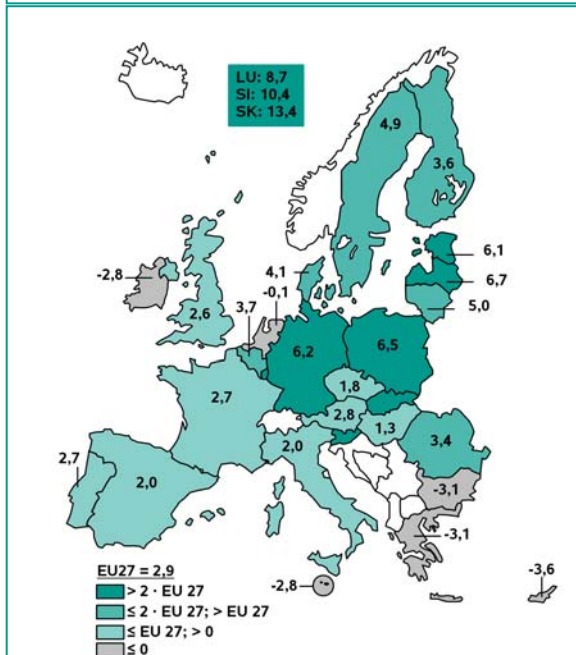


Illustration 3: EU comparison: Changes of the production index* in PP (12/09 - 05/10)

*) Production index for the whole industry without building industry, seasonally adjusted.

Germany's economy will now benefit from these wage restraints which are accepted by the German employees. Therefore the industrial production in Germany has been strongly increased in 2010.

The seasonally adjusted production index for Germany rose to 6.2 percentage points for the period lasting from January to May. [See: Illustration 3 EU comparison, changing the production index * in PP (12/09 - 05/10)]

Thus, the index rose more than twice as strong as the EU average. Germany is the only major EU economy which can show such a strong growth. The other EU members who are also among the G7 countries fall significantly from their values (UK: 2.6 PP, France 2.7 PP and Italy 2.0 PP) compared to Germany.

This strong growth is mostly borne by the automotive exports to China because there the demand for automobiles is highly reflationary. Moreover the growth in Germany has a positive effect on Poland, the Czech Republic and Slovakia, as these countries are closely connected in the automotive production with Germany.⁵¹

Business conditions improved rapidly in Germany, the business climate index increased from 101.8 (in June 2010) to 106.2 (in July 2010). The previous year's value was even lower; in July 2009 it was only 92.1.

The Ifo (institute for economic research) describes this situation as follows: "The

German economy is back in party mood.⁵² The Deutsche Bundesbank pointed out in its monthly report for July 2010, that the strong increase of industrial production has a positive impact on the German labour market.

⁵¹ Cp. Financial Times Deutschland (2010a), p. 14.

⁵² Ifo (2010), last access: 27.07.2010, German cit. translated into English language.

The level of employment increased in the second quarter, while the unemployment rate decreased by 7.7 %.⁵³ According to forecasts in July 2010, there are signs of a job boom in the manufacturing industry in the near future.⁵⁴

Nevertheless the success of the German economy causes strong criticism in France. Recently Christine Lagarde, French finance minister, accused Germany for practicing wage dumping. From the point of view of Christine Lagarde Germany should counter the imbalance in European exports by carrying out an expansive wage policy:

„Clearly Germany has done an awfully good job in the last 10 years or so, improving competitiveness, putting very high pressure on its labour costs. When you look at unit labour costs to Germany, they have done a tremendous job in that respect. I'm not sure it is a sustainable model for the long term and for the whole of the group. Clearly we need better convergence.“⁵⁵

This quotation leads to the **political aspect** of the labour market. The reason for the relevance of the political dimension of labour is that the government will benefit from successes, but it will also be attributed for negative effects on the labour market as well.

According to this it becomes apparent why the French government politically attributed the deteriorating situation of the French economy to Germany, because Germany – from the French point of view – acts in an unfair way.

Generally politicians are tempted to intervene in the labour market just in order to pursue their election campaign strategy. This assumption can be proved by a variety of empirical examples. The Public Choice Theory deals with this attitude and behavior of politicians and thereby shifts the focus of economic analyses into the area of politics.

On the basis of the Public Choice Theory, William D. Nordhaus developed his theory about the political business cycles, which was first published in 1975.⁵⁶

Today, there are two types of models which deliberately induced political business cycles. Provided that the politicians focus on their personal re-election, the political business cycles can be called as opportunistic. In contrast, politicians who behave regardless of their political re-election, the business cycles are called “ideological”.⁵⁷

⁵³ Cp. Bundesbank (2010), p. 5.

⁵⁴ Cp. Financial Times Deutschland (2010b), p. 27.

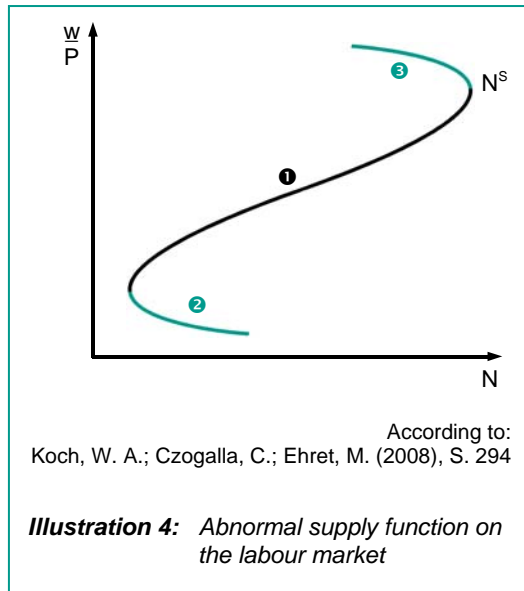
⁵⁵ Lagarde, C. (2010), last access: 14.03.2010.

⁵⁶ Cp. for more information: Nordhaus, W. D. (1975), p. 169.

⁵⁷ Cp. Markwardt, G. (2008), p. 21.

2.2 Economics labour market model

It has been shown that there is a great variety of aspects which has to be considered in the labour market. Nevertheless, the labour market is still a market where supply corresponds to demand.



However, the theoretical models of a labour market differentiate from those of ordinary market models. Firstly it has to be noted that in labour market models, the employers are those who have a demand in employees. Therefore they represent the demand side, while the employees are suppliers on the labour market.⁵⁸ The labour demand function of employees will not further be illustrated in this publication. Reasons are that the demand is negatively depending on the price of labour (which is called real wage) and is therefore in accordance to all common demand curves with a downward sloping line (from left to right side). Consequently

the demand of labour will decrease provided that the real wage increases.

Otherwise the labour supply function of employees shows an abnormal run of the curve. Especially in comparison to the goods/product market models. In the following the description to the abnormal supply curve (N^S) is divided into three parts:⁵⁹

(❶) The labour supply also depends on the relative advantageousness, which means that with increasing real wages, work is seen as more beneficial to job seekers and therefore more labour time is offered by them. In this part (highlighted in the illustration with black color) the labour supply function runs upwards from left to right, like a normal supply function on a product market.⁶⁰

(❷) In the lower run of the supply curve the suppliers' behavior differs completely from the ordinary suppliers' behavior and therefore the function runs abnormal.

Usually employees depend on their income generated on the labour market. Each loss in income, especially those due to wage reduces, cannot be compensated by the employees easily.

Due to the fact that employees are not able to generate income by exploiting one of the other two production factors like land or capital, they strongly depend on labour as the crucial factor of production. Consequently in case of decreasing wages employees start to expand their labour supply. This inconsistent behavior can be explained with the fact that employees try to maintain their economic status, their standard of living as well as their livelihood.

⁵⁸ This is a reversal of the habitual language use. Normally, employers are the supplier of jobs.

⁵⁹ Cp. Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M. (2008), p. 293.

⁶⁰ Cp. *ibid.*, p. 293.

Thus, the run of the supply curve contains an area which actually is characteristic for demand functions. Contrary to all expectations, the supply of labour will be increased (and not reduced!) in case of decreasing prices. This may lead to a process of dumping in which employees try to underbid each other for getting the job. The labour demand side – the employers – will take the advantage of such situations.⁶¹ Often such theoretical situations shown above are used in order to stress the relevance of implementing wage minimums on labour markets.⁶²

For the sake of completeness, the last part (⊖) of the abnormal labour supply curve will be also explained. However this part plays a minor role on labour market, which is why this part is mainly not depicted in a lot of other market models. This run of the labour supply function can be described as follows: Households have to divide their available time between work and leisure.⁶³ Each working hour means one hour less free time. There is thus a trade-off between realized income and consumption as well as leisure time. With rising working time, leisure time becomes more valuable for the employee. Additionally, the rise in income breeds a decrease in utility. Employees, who already possess a high income, do rather reduce than expand their labour supply in case of increasing real wages.⁶⁴

⁶¹ Cp. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), p. 86.

⁶² Cp. Bode, O. F. (2000), p. 72.

⁶³ Cp. Burda, M. C.; Wyplosz, C. (2009), p. 133.

⁶⁴ Cp. Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M. (2008), p. 293.

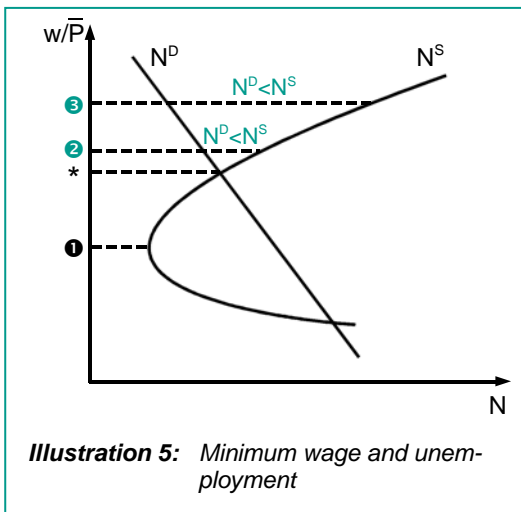
3 Minimum wages

The actual debate about introducing a minimum wage has already been embedded in the previous chapter, but nevertheless this subject shall now be described in more detail. Cyclical and growth issues as well as social and political aspects are important in context of labour market policy but also relevant when focusing on minimum wages. In the following the focus will be on the economic aspects.

In a first step, the effects of minimum wages on the labour market will be considered. Afterwards a macroeconomic analysis is carried out in a four-quadrant schema.

3.1 Minimum wages and its effects on the labour market

A minimum wage is in accordance with the economic order of the Federal Republic of Germany because Walter Eucken, the founder of the theoretical basis of the German economic system, finally stipulated the existence of minimum wages. Eucken wrote: "... we need some regulatory principles, whose application is assured in order to maintain the competitive system."⁶⁵ The fourth-regulating principle of Eucken contains that there is a requirement of minimum prices in all markets with an abnormal supply function. With this rule he primarily refers to the labour market.⁶⁶



Minimum wages are nominal wages. The employees as well as the employers though focus on real wages.

In order to minimize the topics' complexity, the price level will be kept constantly in the following discussion [See also: *Illustration 5 minimum wage and unemployment.*].

It is $P = \bar{P}$. Due to this equation, each change of nominal wages leads to a corresponding change of real wages (compare illustration). In the later course of this article, this assumption

will be abandoned.

If a minimum wage will be implemented in order to eliminate the abnormal part of the labour supply function, it would be appropriate to install the minimum wage at a level of ❶. Since the employees' process of dumping would only be initiated if real wages fall below this mark (❶), the minimum wage prevents that employers are able to start an unfair competition and exploit the workers for their own benefit.

In reality, it will hardly be possible to determine exactly the level of the minimum wage. However, all minimum wages are not critical which c. p. (ceteris paribus) are marked between the equilibrium price (in the illustration shown as *,*) and the minimum wage of ❶.

⁶⁵ Eucken, W. (1952/90), p. 291, German cit. translated into English language.

⁶⁶ Cp. *ibid.*, p. 304.

Furthermore all minimum wages between \star and $\textcircled{1}$ will avoid any kind of dumping process between the employees. At the point of minimum wages, the market would always be in equilibrium and thus obtain an equilibrium price.

However, it is likely that a minimum wage is determined above the equilibrium price. This may be expected since in this discussion it is not required to prevent a price fight among the employees but because of the fact that the current wages are perceived as too low.

In case, the minimum wage would be on a level of $\textcircled{2}$, the labour demand would be lower than the labour supply. This excess of labour supply can be defined as minimum wage unemployment.

The dilemma of a minimum price on the labour market consists on the one hand in the fact that it causes and creates unemployment provided that the minimum wage is determined too high. On the other hand the problems of unfair competition and labour price dumping can be solved so long as the minimum is fixed by the responsible people.

It becomes apparent, the higher the minimum wage is determined above the actual equilibrium price, the greater the excess of labour supply. This is visualized in the illustration by comparing the excesses due to minimum wage $\textcircled{2}$ and minimum wage $\textcircled{3}$.⁶⁷

Walter Eucken strictly refuses minimum wages which are determined due to distributive and social-politically motivated reasons. He further states, that a distribution of income due to the market mechanism (which he calls "*ethical and indifferent automatism*"⁶⁸), finally leads to results which again are perceived as unfair. From Eucken's point of view, this distribution mechanism is "*still better [...] than the distribution based on arbitrary decisions of private or public body*".⁶⁹

Eucken proposes that the primary distribution which is generated in the market should not be influenced ex ante by settling wages. He prefers that the incomes of the primary distribution are corrected later by a progressive income tax instead of a distribution of incomes based on social desire.⁷⁰ This correction only is effected when the market income is generated. Unlike the minimum wage, whose level is above the equilibrium price, the market mechanism is not levered out. With regard to the progressive income tax, it is further important to consider, that private households who do generate a low or even no income, will receive a governmental transfer income. This redistribution policy leads to the so-called secondary distribution.⁷¹

It is also questionable whether a statutory minimum wage in Germany is necessary at all. A drop of wages is prevented by the factual minimum wage, which is defined by the subsistence assistance and/or by the unemployment benefit from social welfare authorities.⁷² Hans Werner Sinn argues that the welfare state competes with the private companies for

⁶⁷ Cp. Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008), p. 86.

⁶⁸ Eucken, W. (1952/90), p. 300.

⁶⁹ Ibid., p. 300, German cit. translated into English language.

⁷⁰ Cp. Cassel, D.; Kaiser, C. (2000), p. 85.

⁷¹ Cp. Bode, O. F. (2000), p. 69.

⁷² Cp. Berthold, N.; Berchem, S. (2005), p. 11.

low-skilled or unqualified employees. By doing so, the welfare state pays for failures and thus generates wage entitlements which cannot be covered by the private sector.⁷³

"No one works for less money than the state makes available for people who do not work."⁷⁴



The Eiger is a mountain in the Bernese Alps. Its north wall has been known through the dramatic history of mountaineering, which often tragically failed.

Photo: © Conny Agel / Pixelio / ID: 451671

Disutility of labour in combination with less pleasure is one reason for refusing incomes slightly above the minimum wage. For many potential employees, the net benefits of employment are still perceived as negative, even if the wage is above the amount of social transfer.

The benefits of social transfer like unemployment benefit and subsistence assistance can be compared with the north face of Eiger.⁷⁵ Therefore companies who would like to employ low-skilled employees have to try to convert these employees to generate their income by them-

selves. This convincing is often as hard as conquering a mountain.

Provided that labour market effects will be examined in isolation from its context, in Germany an additional statutory minimum wage is not necessary. An important reason considered from those who favor the minimum wage is that a minimum wage has a positive effect on the economy, on growth and employment. One vital argument is the expected increase of consumption which will be accomplished by the higher income of low-income earners.

The following chapter will review whether this reasoning is correct and will carry out its argumentation by using the conventional four-quadrant-diagram.

3.2 Macroeconomic aspects of a minimum wage introduction

In the following the economic impacts on the introduction of minimum wages are explained. In this respect the assumption of the proponents that the introduction of a minimum wage increases the private consumption is integrated in the model.

The model contains the following underlying conditions, whereby the relationships within the labour market and the commodity market are assumed as linear functional. However, this does not affect the basic statements of the model.⁷⁶

⁷³ Cp. Sinn, H. W. (2006), last access: 20.07.2010.

⁷⁴ Sinn, H. W. (2008), last access: 20.07.2010, German cit. translated into English language.

⁷⁵ Cp. *ibid.*, last access: 20.07.2010.

⁷⁶ The following analysis relies on the essay 'Das Mindestlohnparadoxon' by F.L. Sell and D. C. Reinisch (2010). The model was slightly modified and expanded with the additional aspect of rationalizations and substitution effects.

3.2.1 The model

The macroeconomic supply can be derived by the production function (Y) and the neoclassical employment function (N). The aggregated production function is called $Y = Y(N, \bar{K})$. \bar{K} stands for capital stock or capital of an economy and is considered as constant at least in the short term.

The neoclassical employment function assumes that the employment rate of the economy depends from the level of real wages, thus $N = N(P, w)$

The real wage arises from the ratio of the nominal wage (w), and the price level (P):

$$\text{Real wage} = \frac{w}{P}$$

If the two functions are combined to the macroeconomic supply function, this leads to the following functional relationship: $Y = Y^S = Y^S(N, \bar{K}) = Y^S(P, w, \bar{K})$.

The aggregated demand function is usually defined as:

$$Y^D = C + I + \bar{G} + (Ex - Im) \text{ and thus is dependent on many variables.}$$

The public consumption (G) is considered in the following as autonomous and constant.

$$\text{It is therefore } G = \bar{G}$$

The consumption of the private households divides into the households of workers and the households of entrepreneurs. The output parameter of consumption expenditure of workers households is the nominal gross wage. The parameter of the entrepreneur households consists of the gross profits (Q), the national income (Y) the sum of nominal wages and nominal gross profits.

The private households also have to pay taxes (T). This leads to the following interim conclusion: $Y = (Q + w)$; $C = C(Y - T)$.

Other values, which determine the consumption of private households, are the price level, the money supply (M), and the market interest rate (r). Private Households are not only buyers in the commodity market, but also on the money market. The money supply and market interest rate have an effect on the consumers' behavior of private households through the cash management. As a consequence, an attractive market rate of interest leads to a higher savings rate and thus to c. p. lower consumer spending.

It is assumed that the supply of money determines the money supply. Moreover, it is expected that the central bank keeps the money supply constant. Thus the money supply remains unchanged: $M^s = \bar{M}^s \Rightarrow M = \bar{M}$

Therefore the decisive factor is the real money supply, which is a result of the interplay of money supply and price level. The investment expenditures of the companies (I) are also determined by the market interest rate but also by the return assumptions of the compa-

ies (r^*): $I = I(r, r^*)$. The trade balance respectively the net exports (NX) are the difference between exports (Ex) and imports (Im): $NX = Ex - Im$.

The previous statements regarding the macroeconomic demand are leading to the following statement: $Y^D = Y^D(C, w, Q, T, P, \bar{M}, r, l, r^*, \bar{G}, NX)$

The aggregated labour demand function (N^D) is determined by the level of real wages and the respective short-term constant capital endowment of the economy.

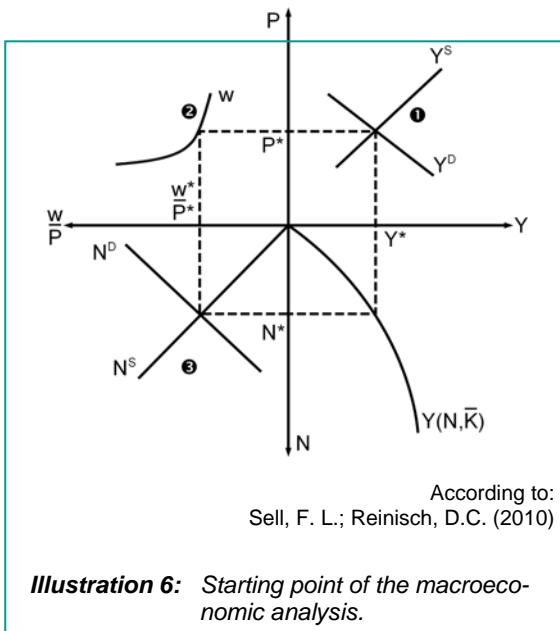
The labour supply of private households aligns with the real wages. In the following just the "normal" range of the labour supply function should be considered.

The negative dependence of the supply of labour by governmental transfer payments to households (see the comparison with the Eiger north face) will not be considered further:

$$N^D = N^D(w, P, \bar{K}); N^S = N^S(w, P).$$

3.2.2 Initial Situation

It should be assumed that initially the economy at all three macro markets - goods market, money market, labour market – is in equilibrium.



Starting point of the consideration should be the goods market (1). The goods market is cleared. At the intersection of the macroeconomic supply (Y^S) and aggregated demand function (Y^D) it forms the equilibrium price level and the equilibrium domestic product. (2) The nominal wage (w) is exactly as high that it leads to equilibrium of the real wage. This in turn leads at a given stock of capital to a market clearing at the labour market (3), and also to a level of employment (N^*), in which there is neither unemployment nor labour shortage. The money market equilibrium is not graphically illustrated, but could

be derived through the IS-LM⁷⁷ model easily.

As the money market approaches a complete market with infinite speed of adjustment, it is able to react on changes in other macro markets and finds back in the equilibrium. Impulses from the money market by a change in money supply are faded out in this model.

⁷⁷ The IS-LM models visualize simultaneous equilibria on the goods and the money market. The IS curve illustrates the possible equilibria in the commodity market, where I stands for investments and S for saving. The LM curve shows the equilibrium situations in the money market. This corresponds to a demand for money and liquidity (L) of the offered money supply ($M = M^S$).

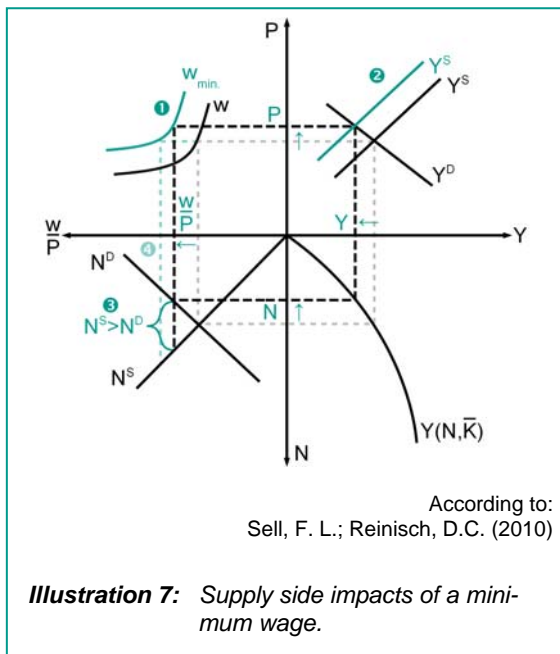
3.2.3 Supply side effects of a minimum wage

As mentioned before, a minimum wage is a minimum price in the labour market. The purpose is to protect the supply side.

In order to unveil the full impact a minimum price and thus also the minimum wage must lie above the market price. This also can be expected for the minimum wage because one important argument for the minimum wage is that the current market prices and also wages are considered too low. This circumstance should be resolved by the introduction of a minimum wage.

(❶) The introduction of a minimum wage (w_{\min}), which runs above the current equilibrium wage (w), would initially move the iso-nominal wage-line from the origin of the coordinate system to the left.

For the companies the increase of wages means increasing costs. The consequence would be higher prices.



(On the goods market (❷) this leads to the fact that the function of the macroeconomic supply (Y^S) moves up.

This results in a new equilibrium in the commodity market. With respect to the initial situation (see dotted light gray lines), the price level increases, and the domestic product decreases. Thus, the introduction of a minimum wage worsens the supply of the population with goods and services. Assuming a certain degree of price inertia at the supply side, these effects will occur with a certain delay. The increased price level has the effect that the increase of real wages is smaller than the increase of the nominal wages.

Nevertheless, in the illustrated case it comes to a - albeit lower - real wage increase. The increased real wages affects the labour market so that the labour supply (N^S) exceeds the demand (N^D) for the now more expensive labour (❸).

Since the minimum wage must not undercut, no adjustment process between labour supply and demand can take place. Due to this fact it follows a supply surplus and it arises a minimum wage unemployment. Compared with the initial situation the employment rate decreases. The economy is underemployed and resources lie idle.

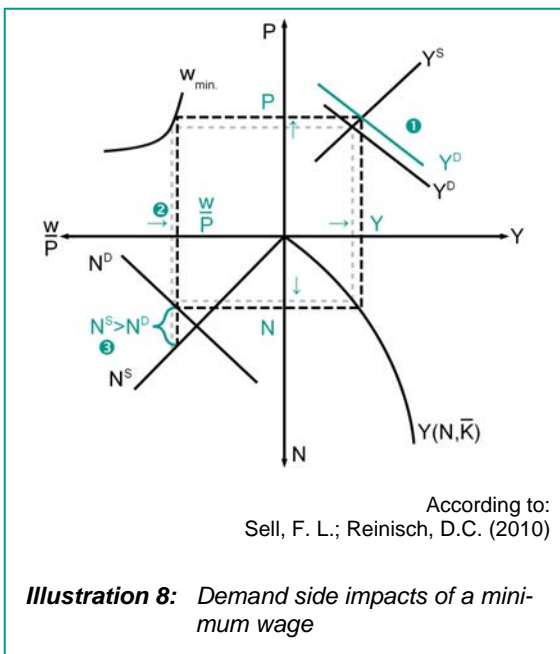
(❹) Additionally it can be noted that although the higher price level from the perspective of workers has a negative impact on the real income effect of the minimum wage, it also limits the minimum wage unemployment.

If the increase of the real wage is equal to the increase of the nominal wage, the minimum unemployment would be higher and the level of employment would fall still further.

The economic situation, as shown in the illustration, corresponds to the equilibrium at underemployment. This means that two macro markets - the goods market and money market – are in the equilibrium, while the third macro market - the labour market - supply and demand are diverging.

3.2.4 Analysis of the demand side effects of a minimum wage

In the following it will be illustrated, in how far the results change if also demand side effects are taken into account. This argumentation follows the proponents of a minimum wage. It is expected that private consumption moves up after the introduction of the minimum wage. The companies will anticipate, and as a consequence the demand for capital goods increases. Any impact on the NX-component will be blinded out.⁷⁸ The government



consumption is regarded as autonomous.

(1) The additional consumption leads under c. p. to a shift to the right of the aggregated demand (Y^D). Compared to the supply-side analysis (see dotted light gray lines), the price level rises in the economy even more. Based on the economic situation [See: *Illustration 6 Starting point of macroeconomic analysis.*] it comes in addition to the supply and demand side effects to a very strong price increase. However, it comes due to the increased consumption to a higher domestic product than in the considerations of the previous chapter. In the present case, the domestic product is still slightly below Y^* .

(2) The new rise in prices has in turn a negative effect on real wages. The effect of the increase of nominal wages continues decreasing. In the illustration the new real wage lies only slightly above the starting level.

In combination with the rise of the domestic product the reduced real wage has a positive effect on the employment in the economy. Compared to the supply-side approach the employment level rises and has moved closer to the equilibrium of the situation.

(3) The minimum wage unemployment also declined. The reason is that the minimum wage must not be underbid nominally, although the real wage level declined by the price level increase.

⁷⁸ The NX-component of the macroeconomic demand would decrease. On the one hand, domestic goods would become more expensive and therefore are demanded less in abroad. On the other hand, imports will also rise, as parts of private consumption expenditures of households are spent for imported goods. The majority of e.g. toys or textiles are not produced in Germany. Also the demand for leisure travels abroad increases; this would correspond to an import of services. To what extent the decline of the NX-component compensates the increase in private consumption and investments is not considered in this context. However, it shows that one failing of the proponents regarding minimum wages consists in the fact that they only argue on a national level and fade out the globalization.

Sell and Reinisch name this phenomenon the minimum wage paradox.⁷⁹ It states that the more the consumption rises due to introduction of a minimum wage, the smaller the real wage effect of the nominal wage increase. A strong rise in consumption, as it is predicted by the proponents of a minimum wage, would result in a deflagration of the majority of the real income effects. It is therefore questionable whether the expected expansive consumption of the private households is permanent. This only could be justified if the private households would underlie a distinctive money illusion.

3.2.5 Rationalization- and substitution effects

In the previous analysis it was shown that in interaction of demand and supply side aspects the real wage effects of an introduction of a minimum wage are pushed back by the increase in the price level very strongly. It is even more the case, the more the private consumption is boosted by the minimum wage. It is therefore questionable, whether a minimum wage has the desired positive effect on the financial coverage.

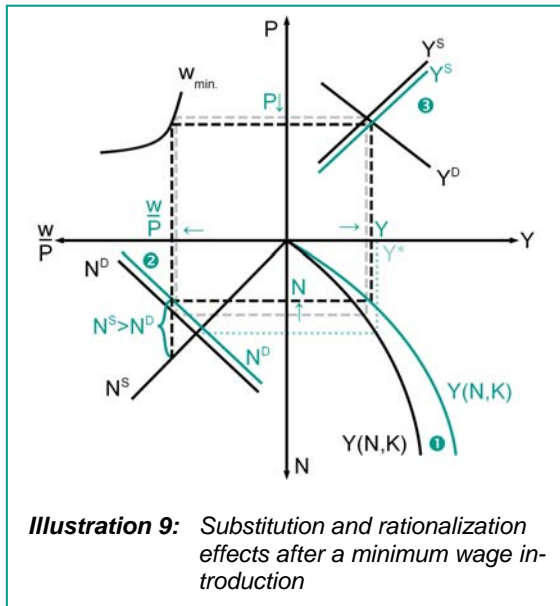
It is even possible that a minimum wage for the workforce in its entirety has negative consequences. That would be the case if the companies substitute labour by capital. Such a scenario can be seen as plausible. On the one hand, the minimum wage introduction effects that the factor "work" is seen as relatively more expensive than capital. Although the labour and production costs for new plants rise and the increased price level affects also capital goods, it is difficult to imagine that labour and capital increase in the same way. Companies therefore might find it necessary to switch to capital intensive production processes. A specific cost pressures also relates to these companies that produce mainly for foreign customers.

The minimum wage would affect the domestic economy one sided compared to the foreign competition. In order to stay competitive in the global perspective export-oriented companies have to look for ways to compensate this cost increase.

In the previous chapter it was also assumed that the companies make additional investments, since they expect a rise in consumption as a result of the introduction of a minimum wage. Such investments generally include a rationalization component, as powerful new capital equipment is purchased. In order to integrate the substitution and rationalization effects into the model, first the assumption $K = \bar{K}$ must be dropped. This would result into the following functional changes. (❶) The new aggregated production function $Y(N,K)$ lies right from the old one.

This means that the same amount of goods and services now can be produced with less labour input than before. (❷) The demand of the companies for labour decreases (N^D), because now the production is more capital intensive. (❸) The companies are now in a position to offer their goods and services cheaper. So there is a rightward shift in the aggregated supply function. Because of the mentioned inertia of the offer price this effect can occur with a delay.

⁷⁹ Cp. Sell, F. L.; Reinisch, D.C. (2010), p. 203.

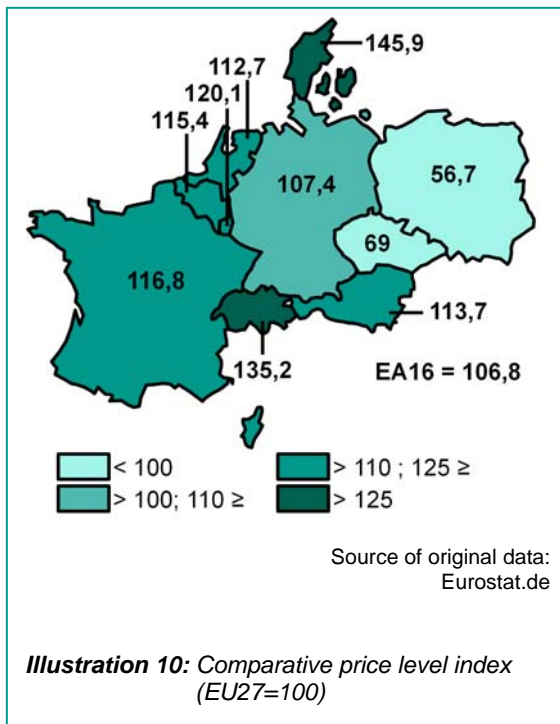


The most remarkable result is compared with the previous analysis (see dotted light gray lines) the very strong increase of the minimum wage unemployment. In this respect the assumptions from the perspective of the proponents of a minimum wage are quite optimistic. The result that the old equilibrium of the domestic product (light green Y^*) will be almost achieved again, results from the assumption, that the consumption of private households continues on a high stage, resulting from the introduction of the minimum wage.

Already in the previous chapter it was pointed out that a permanent increase in consumption due to the minimum wage paradox is questionable because the price level increase reduces the real wage effect. Now that also rationalization and substitution effects take effect, and workers are released, this assumption seems even more questionable. It is more likely that private households will reduce their consumption over the time again. This would lead to a decreased domestic product and even to a higher unemployment.

4 Conclusion

In the summer of 2010 many indicators show that the German economy will recover after the severe global economic crisis. Key indicators suggest that the surprisingly positive development will also affect the labour market soon. In comparison to many other EU countries Germany is in a good position. This certainly can be explained by the wage restraints in recent years. The introduction of a nationwide minimum wage could result in a loss of the international competitiveness.



A view of price levels of Germany and its neighboring states shows that the German price level lies with a value of 107,4 just marginally above the average of the Euro zone. In comparison with the neighboring states which belong to the old western industrial nations the price level is currently very low. Compared with the values of the former transformation states of Poland and the Czech Republic it is very high. A minimum wage introduction accompanied by an increase of the price level probably would hit the German economy asymmetrically. Due to the geographical proximity to Poland and the Czech Republic, the East German federal states would be affected more strongly than the West German federal states.

A moderate minimum wage would not be critical if it simply means that the anomalous branch of the labour supply function cannot take effect. Such a minimum wage would not or hardly affect the market mechanism but would prevent a fall of wages.

The danger that the wage levels can further sink is definitely given. In the course of the first EU Eastern enlargement the freedom of movement was limited for East European employees. This regulation runs out in May 2011 so that employees e.g. from Poland also enjoy the full freedom of movement from this moment on. Particularly the temporary work industry fears that Polish competitors could undercut the German companies.⁸⁰

Because the temporary work industry is bonded closely with other branches, this could lead to a decline of the wage levels. A legal minimum wage would prevent this.

Although the social coverage has the character of a lower price limit on the labour market, this, however, only applies to German employees and therefore to German enterprises. East European competitors are not affected by this. Moreover, and probably a very important reason, a minimum wage could have a strong symbolic character.

⁸⁰ Cp. Financial Times Deutschland (2010c), p. 11.

In addition, it would - and that seems to be the most important reason - have a strong symbolic character.

It *"is a real risk that, for electoral reasons, the minimum wage is set too high and thus being adverse for employment"*.⁸¹ A rise in unemployment would be the result of such a minimum wage. *"Hardly anyone will dispute that the minimum wage in France [...] was set too high and is an important cause for the high unemployment among especially the young people."*⁸² Also the poor macroeconomic situation in comparison to Germany is certainly caused by this.

The macroeconomic analysis in a four-quadrant-scheme has also shown that the argument that a (relatively high) minimum wage would lead to a rise in consumption, and consequentially to more jobs and growth, is not solid. Even if there should be an increase of the consumption expenditure of private households, much of this real wage effect would be fizzled out by price increases. It would remain a higher price level and a rise in unemployment by incipient rationalization and substitution effects. In such an environment, the assumption of a consumption increase would not be vindicable. Rather it can be expected that after some time the private household consumption would reduce its consumption again. A self-supporting positive effect therefore seems to be not plausible.

It should be noted that the sentence, "cars do not buy cars" is in fact correct, however it is foolish to ignore, that each employee must earn the costs of his job by his productivity. An excessively high minimum wage finally will have very negative consequences.

Thus, it should be found another way to compensate the negative effects of low wages. A moderate minimum wage flanked with a combined wage model, as it is generally found in Great Britain, seems to be a possible solution.

⁸¹ Rürup, B. (2008), p. 7, German cit. translated into English language.

⁸² Ibid., p. 6. German cit. translated into English language.

Literaturverzeichnis / List of literature

- Berthold, N.; Berchem, S. (2005): Hartz IV – eine vertane Chance nutzen, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Nr. 79, in: URL: <http://www.vwl.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/diskussionsbeitraege/dp79.pdf>, letzter Zugriff: 15.07.2010.
- Bode, O. H.; Lehmann, C.; Redeker, U. (2008): Volkswirtschaftslehre – Eine Einführung in ein oft verkanntes Fachgebiet, Norderstedt.
- Bode, O. F. (2000): Allgemeine Wirtschaftspolitik, München und Wien.
- Bundesbank (2010): Monatsbericht 07/2010, in: http://www.bundesbank.de/download/-volkswirtschaft/monatsberichte/2010/201007mb_bbk.pdf, letzter Zugriff: 15.07.2010.
- Burda, M. C.; Wyplosz, C. (2009): Makroökonomie – Eine europäische Perspektive, 3. Auflage, München.
- Cassel, D.; Kaiser, C. (2000): Euckens Prinzipien als Maxime der Wirtschaftspolitik, in: Leipold, H.; Pies, I. (Hrsg.): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft Vol. 64, München, S. 84-102.
- Eucken, W. (1952/90): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchgesehene Auflage, Tübingen.
- Financial Times Deutschland (2005): Unterschätztes Unglück Arbeitslosigkeit, 01.03.2005, S. 18.
- Financial Times Deutschland (2010a): Wachstumsgraben teilt Europa, 15.07.2010, S. 14.
- Financial Times Deutschland (2010b): Jobboom in der Industrie bahnt sich an, 27.07.2010, S. 27.
- Financial Times Deutschland (2010c), Mindestlohn für Zeitarbeit rückt näher, 02.09.2010, S.11.
- Frey, B.; Stutzer, A. (2002): What Can Economists Learn from Happiness Research?, Journal of Economic Literature, Vol. 40, No. 2, S. 402-435.
- Hans Böckler Stiftung (2010): 70 Prozent der Bevölkerung für gesetzlichen Mindestlohn - Mehrheit auch unter Selbstständigen und Gutverdienern, in: URL: http://www.boeckler.de/320_102920.html, letzter Zugriff: 27.07.2010.
- Hüther, M. (2010): "Die Realität heißt Mindestlohn", Frankfurter Rundschau, in: URL: <http://www.iwkoeln.de/Presse/Interviews/tabid/191/articleid/24439/Default.aspx>, letzter Zugriff: 20.07.2010.
- Ifo (2010): Ifo Konjunkturtest Juli 2010 - Ifo Geschäftsklimaindex im Steigflug, in: URL: <http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-wininfo/d1index/10indexgsk>, letzter Zugriff: 27.07.2010.

- Koch, W. A.; Czogalla, C.; Ehret, M. (2008): Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Stuttgart.
- Lagarde, C. (2010): Lagarde criticises Berlin policy, Financial Times, 14.03.2010, in: <http://www.ft.com/cms/s/0/225bbcc4-2f82-11df-9153-00144feabdc0.html>, letzter Zugriff: 14.03.2010.
- Markwardt, G. (2008): Wahlen und Konjunkturzyklen, Wiesbaden.
- Nordhaus, W. D. (1975): The political business cycle, in: Review of Economic Studies, Jg. 42, 169-190.
- Rürup, B. (2008): Schutz vor Niedriglohnern oder Arbeitsplatzvernichter: Für und Wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, in: ifo Schnelldienst 6/2008, Jg. 61, S. 5-7.
- Sinn, H. W. (2006): Der Sozialstaat zahlt fürs Nichtstun, in: URL: http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/20echointerv/_echointerv?item_link=ifointerviewtxt-wams-17-01-06.htm, letzter Zugriff: 20.07.2010.
- Sinn, H. W. (2008): Mindestlöhne unterminieren die Gesellschaft, in: URL: http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/10echomitarb/_echomitarb?item_link=ifostimme-SZ-01-04-08.htm, letzter Zugriff: 20.07.2010.
- Sell, F. L.; Reinisch, D.C. (2010): Das Mindestlohnparadoxon, in: WiSt 4/2010, Jg. 39, S. 199-203.
- Winkelmann, L.; Winkelmann, R. (1998): Why Are the Unemployed So Unhappy? Evidence from Panel Data, *Economica* Vol 65, No 257, S. 1-15.

Folgende Bände sind bereits erschienen

Band 1:

Essen 2005, ISSN 1865-5610

Ergebnisse und Effekte des Modellprojektes „Fit machen fürs Rating...“

Hermeier, Burghard / Frère, Eric / Heuermann, Marina

Band 2:

Essen 2006, ISSN 1865-5610

Ergebnisse der ersten bundesweiten FOM-Marktstudie „Industrie-Dienstleistungen“

Hermeier, Burghard / Platzkoster, Charlotte

Band 3:

Essen 2006, ISSN 1865-5610

Die Stärkung des traditionellen 3-stufigen Vertriebswegs im Sanitärmarkt durch den Einsatz neuer Medien

Kern, Uwe / Pankow, Michael

Band 4:

Essen 2006, ISSN 1865-5610

Die unternehmensinterne Wertschöpfungskette bei Dienstleistungen am Beispiel der TV-Programmveranstalter

Kürble, Peter

Band 5:

Essen 2007, ISSN 1865-5610

Begriff und Konzept Berufswertigkeit

Klumpp, Matthias

Band 6:

Essen 2007, ISSN 1865-5610

Efficient Consumer Response (ECR) in der Logistikpraxis des Handels

Klumpp, Matthias / Jasper, Anke

Band 7:

Essen 2007, ISSN 1865-5610

Kooperationsanforderungen im Supply Chain Management (SCM)

Klumpp, Matthias / Koppers, Laura

Band 8:

Essen 2008, ISSN 1865-5610

Das deutsche System der Berufsbildung im europäischen und internationalen Qualifikationsrahmen

Klumpp, Matthias

Band 9:

Essen 2008, ISSN 1865-5610

Homo oeconomicus im Hörsaal – Die Rationalität studentischer Nebengespräche in Lehrveranstaltungen

Göke, Michael

Band 10:

Essen 2008, ISSN 1865-5610

Internationaler Vergleich und Forschungsthesen zu Studienformen in Deutschland

Klumpp, Matthias / Rybnikova, Irma

Band 11:

Essen 2008, ISSN 1865-5610
Eine ökonomische Analyse einer Ausweitung
des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes
Kratzsch, Uwe

Band 12:

Essen 2009, ISSN 1865-5610
Organisationsentwicklung – Lernprozesse
im Unternehmen durch Mitarbeiterbefragungen
Friedrich, Klaus

Band 13:

Essen 2009, ISSN 1865-5610
Die Outsourcing/Offshoring Option aus der
Perspektive der Neuen Institutionenökonomie
Chaudhuri, Arun

Band 14:

Essen 2009, ISSN 1865-5610
Der Bologna-Prozess
Hintergründe – Zielsetzung – Anforderungen
Seng, Anja / Fleddermann, Nicole / Klumpp, Matthias

Band 15:

Essen 2009, ISSN 1865-5610
Qualitätssteigerung bei gleichzeitigen Einsparungen –
Widerspruch oder Zukunft in der hausärztlichen Versorgung?
Jäschke, Thomas

Band 16:

Essen 2010, ISSN 1865-5610
Beiträge zur Gesundheitsökonomie
Schütte, Michael



Olaf H. Bode, Dipl.-Oec.,

schloss Ende 1994 sein volkswirtschaftliches Studium mit dem Schwerpunkt „Wirtschaftspolitik der gesamtwirtschaftlichen Steuerung“ und dem Wahlfach „Ökonometrie und Statistik“ an der Gerhard-Mercator-Universität (Gesamthochschule) in Duisburg ab.

Nach mehreren Jahren der Tätigkeit bei verschiedenen Versicherungsunternehmen kehrte er im Jahr 2000 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für spezielle Wirtschaftspolitik an die Gerhard-Mercator-Universität zurück. Ende dieses Jahres übernahm er zudem ein nebenberufliches Engagement als Dozent an der Fontys Internationale Hogeschool Economie in Venlo (NL). Seit März 2003 ist er hauptberuflicher Dozent an der Fontys Internationale Hogeschool Economie, wobei er u. a. Kurse in den Fächern Volkswirtschaftslehre, Methodologie und Wirtschaftspolitik, European Studies – Economics, Mathematik, Statistik, Kostenrechnung, Materialwirtschaft und Marketing betreut. Seit Ende 2008 unterrichtet er nebenberuflich an der FOM in Duisburg im Fach Corporate Management das Teilgebiet Fertigung.



Frank Brimmen, M.A., MBA

schloss 2005 sein Studium der Wirtschaftsgeographie und Internationalen Technischen und Wirtschaftlichen Zusammenarbeit an der RWTH Aachen mit der Vertiefung „Wirtschaftsförderung“ ab. Im Anschluss begann er mit seiner Tätigkeit als Dozent an der Fontys Internationale Hogeschool Economie in Venlo (NL).

Zeitgleich absolvierte er ein MBA-Studium an der Hochschule für Oekonomie & Management mit dem Schwerpunkt Marketing. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören die Fächer Unternehmensanalyse, Businessplan, Volkswirtschaftslehre sowie Methodologie und Wirtschaftspolitik.



Ute Redeker, bc., MBA

schloss 2003 ihr betriebswirtschaftliches Studium an der Fontys Internationale Hogeschool Economie in Venlo (NL) ab.

Seit August 2003 ist sie hauptberuflich als Dozentin bei der Fontys Internationale Hogeschool Economie in Venlo tätig und ist im Fachbereich Volkswirtschaftslehre und Rechnungswesen (insbesondere Jahresabschluss-Erstellung gemäß nationaler und internationaler Rechnungslegung) tätig. Parallel zu ihrer Tätigkeit als Dozentin absolvierte sie bis 2007 den MBA an der FOM in Essen und schloss den Master im Bereich Knowledge Management und E-Learning ab.



Die von Verbänden der Wirtschaft 1993 gegründete staatlich anerkannte gemeinnützige FOM Hochschule für Oekonomie & Management verfügt über 20 Hochschulstudienzentren in Deutschland und ein weiteres in Luxemburg.

An der FOM studieren ausschließlich Berufstätige mit Hochschulberechtigung sowie Auszubildende, die nach dem Abitur parallel zum Studium eine betriebliche Ausbildung absolvieren. Großunternehmen wie 3M, Aldi, Bertelsmann, Daimler, Deutsche Bank, Deutsche BP, E.ON, Evonik, RWE und Siemens, aber auch viele mittelständische Betriebe kooperieren bei der Ausbildung von Führungsnachwuchs mit der FOM.

Bereits seit 2001 können die Studierenden an der FOM auch international bekannte Grade wie Bachelor und Master erwerben. Seit dem Wintersemester 2007 hat die FOM ihr Angebot um Bachelor-Studiengänge in den Richtungen Business Administration, International Management, Business Law, Steuerrecht und Wirtschaftsinformatik erweitert.

Weiterhin können Hochschulabsolventen zweijährige berufsbe-
gleitende Master-Studiengänge in sieben verschiedenen Fach-
richtungen, den Master of Laws sowie den MBA absolvieren.
Die FOM wurde vom Deutschen Wissenschaftsrat mehrfach
institutionell akkreditiert.

Weitere Informationen finden Sie unter www.fom.de